

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: <b>E. Dittmer</b> Berlin SO 36, Schlesische Str. 42 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491	Berlin, den 31. Oktober 1931	Erscheint wöchentlich am Sonnabend Bezugspreis: Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig
--	------------------------------	---

## Handbemerkungen

**Der Hitlerkandal von Braunschweig — Einseitige Zusammensetzung des neuen Wirtschaftsbeirats — Plant man doch Abbau der Tarifverträge? — Wann kommt endlich Senkung der Preise? — Thyssen und der neue Wiederaufstieg — Forderungen der Gesamt-Gewerkschaften Deutschlands**

**D**ie Hitler-Parade in Braunschweig hat zu schweren Zusammenstößen geführt. Drei Tote und zweihund-siebenzig Verwundete sind das Resultat dieses ersten Großversuchs der Nazihorden, mit Gewalt und Terror gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei alles daransetzen müssen, diesen Brüdern nicht die Steigbügel zu halten, damit sie in die Regierung kommen, so sind es die tieftraurigen Vorgänge in Braunschweig, die die Empörung der Millionen der Arbeitenden hervorrufen muß. In Braunschweig ist ein nationalsozialistischer Polizeiminister — Klages heißt der Mann! Er hat ein Schulbeispiel dafür gegeben, wie sich der Bürgerkrieg in ganz Deutschland entfalten müßte unter einer Regierung Hitler-Hugenberg. Wenn trotzdem auch weite Kreise des Unternehmertums mit dem Gedanken spielen (und sogar Millionen dafür hergeben), mit den Nationalsozialisten in gemeinsamer Harzburger Front die politische Macht in Deutschland zu erobern, so läßt sich aus den Braunschweiger Vorgängen klar erkennen, daß dieser Zustand auch für die deutsche Wirtschaft untragbar wäre und unfehlbar zu einer Katastrophe führen müßte, die alle Teile des deutschen Volkes mehr oder minder ins Verderben reißen würde. Genau, wie jetzt nicht nur in Braunschweig, sondern in ganz Deutschland der Ruf der Arbeiterschaft lautet: „Klages muß fort!“, so würde nach wenigen Tagen die Spukgeschichte einer nationalsozialistischen Regierung zu Ende sein, nachdem allerdings die deutsche Wirtschaft nur noch ein Trümmerhaufen sein würde. Es ist zu hoffen, daß dem deutschen Volk in seinen breiten Massen durch die Braunschweiger Vorgänge besser die Augen geöffnet werden und sie nicht noch einmal solche Wahl tätigen wie am 14. September 1930.

\* \* \*

Inzwischen ist nun auch der neue, von Hindenburg gewünschte Reichswirtschaftsbeirat ernannt worden. Er hat folgende Zusammensetzung:

Geheimer Kommerzienrat Dr. Ernst v. Borfig, Fabrikbesitzer in Berlin-Tegel; Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Königsberg; Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg; Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin; Gewerkschaftsführer Peter Grafmann, Berlin; Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg i. Pr.; Kaufmann Dr. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau; Kaufmann Dr. Albert Hackelsberger, Gesilgen in Baden; Papierfabrikant Georg Haindl, Augsburg; Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf; Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, Cienen, -Kr. Tecklenburg i. Westfalen; Geschäfts-

führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Joseph Jahn, Berlin; Kaufmann Louis Körner, Berlin; Rittergutsbesitzer v. Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg; Bernhard Otte, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin; Direktor Dr. Robert Pferdenges, Köln; Bäckermeister Ernst Pflugmacher, Magdeburg; Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhardt, Charlottenburg; Max Rößiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Zehlendorf; Dr. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein AG, Berlin; Kommerzienrat Dr. Hermann Schmiß, Vorstandsmitglied der IG-Farbenindustrie AG, Berlin; Dr. Paul Silberberg, Industrieller, Köln; Otto Suhr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin; Generaldirektor Dr. Albert Vögler, Dortmund; Fabrikdirektor Willi Wittke, Dresden.

Hierzu kommen noch die Mitglieder der Reichsregierung sowie der Reichsbankpräsident Dr. Luthner und der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller. Am 29. Oktober 1931 soll die erste Sitzung im Hause des Reichspräsidenten stattfinden. Wir halten die Zusammensetzung für sehr einseitig, und es dürfte stark in Frage gestellt sein, ob die sechs Mitglieder der Gewerkschaften gewillt sind, in diesem Gremium längere Zeit zu verweilen oder gar Beschlüsse dieser Körperschaft mit ihren Namen zu decken.

\* \* \*

Es werden nämlich neuerdings Stimmen laut, daß trotz aller Versicherung der Regierung dennoch ein Einbruch in das Tarifrecht geplant ist. Wenn man das Kesseltreiben der großkapitalistisch ausgehaltenen Presse, wie der „DAZ.“ und der „Kölnischen Zeitung“, verfolgt, so kann man schon von einem Sturm auf gegen das Tarifrecht sprechen. Man möchte eine weitgehende Einschränkung der Unabdingbarkeit des Tarifrechts erreichen. Man will die Wirtschaft aus „starrten Fesseln“ befreien, und der neuerliche Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag vor der Abstimmung über die Erhaltung des Tarifrechts beweist, daß die Hitler-Partei ihren Geldgebern an Tarifeindlichkeit nicht nachsteht trotz allen Agitationsgeschwäzes.

Selbst der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der doch gewiß nicht vom Marxismus infiziert ist, hat vor kurzem eine Denkschrift herausgegeben, in der er den Nachweis führt, daß in verschiedenen Ländern Europas, besonders in England, die Löhne viel weniger elastisch sind als in Deutschland. Aber die Großunternehmer möchten wieder vollständig „Herren im Hause“ sein. Seit Gründung der Unternehmerorganisationen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben sie nicht aufgehört, gegen Tarifverträge und Tarifrecht zu

wettern. Die Gewerkschaften aber werden diese grundsätzliche Tarifrechtsfrage unter gar keinen Umständen preisgeben, und alle Mittel anwenden, um das Tarifrecht zu gewährleisten.

\* \* \*

Wir könnten uns übrigens denken, daß es für die Regierung wie für den neuen Wirtschaftsbeirat wichtiger wäre, endlich einmal nach dem Rechten zu sehen in bezug auf die Senkung der Preise. Immer wieder, wenn man die Weltmarktpreise, insbesondere für Nahrung, Kleidung und Wohnung, vergleicht mit denen der uns umgebenden Länder, so zeigt sich, daß die Produktionspreiskartelle und die Markenartikel des Großhandels in der Tat eine Starrheit der Preise herbeigeführt haben, die völlig unverständlich und durch nichts begründet ist. Wir wollen dabei nicht einmal von solchen Monopolpreisen, wie etwa für Medikamente (IG-Farben-Konzern) usw., sprechen, sondern wir brauchen nur die unerhört hohen Kartellpreise für Eisen, Kohle, Zement und Düngemittel nennen, deren Herabsetzung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem besonderen Antrag an die Regierung gefordert hat. Vor allen Dingen müßten die Preisbindungen für die Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs aufgehoben werden. Ebenso muß aber die Verbilligung der Lebensmittelversorgung endlich erfolgen. Schon früher fiel fast die Hälfte aller Ausgaben eines Arbeiterhaushalts auf Nahrungsmittel. Heute, bei dem umfassenden Lohnabbau und der ungeheuren Massen der Arbeitslosen, werden über drei Viertel des Einkommens dafür ausgegeben. Dieser Zustand ist natürlich untragbar. So sehr anerkannt werden soll, daß die deutsche Landwirtschaft wieder gesund werden muß, kann das doch auf dem Wege der bisher geübten Agrarpolitik nie und nimmer geschehen. Der einseitige Schutz der Landwirtschaft, die Milliarden-Zuwendungen, sind nicht länger zu tragen. Wir brauchen eine Senkung der Lebensmittelzölle, um eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten zu erreichen. Es ist höchste Zeit, daß auf diesem Gebiet etwas geschieht.

Aber unsere deutschen Wirtschaftsführer haben für diese Frage weder Interesse noch Verständnis. Zurzeit entfalten sie eine rege Propagandatätigkeit im Auslande, um das deutsche Ansehen auch weiterhin zu untergraben. Nach den Vorstößen Dr. Schachts in Harzburg sind nun auch noch Thyssen und Siemens sowie Dr. Cuno unterwegs, um die Hezarbeit in Amerika gegen die deutsche Republik, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften aller Richtungen aufzunehmen. Uns liegt ein Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Oktober 1931 von Friß Thyssen vor, der seinen Vortrag an der Columbia-Universität in New York enthält. Abgesehen von der elenden Geschichtsklitterung, die dieser „Wirtschaftsführer“ und Arbeiterfeind zum besten gibt, zieht er scharf gegen unsere Reichsverfassung zu Felde. Er behauptet, daß die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands durch folgende vier Faktoren entscheidend zur Krise geführt hätte: 1. Friedensdiktat von Versailles nebst Reparationen, 2. der Einfluß der Gewerkschaften und der ihnen befreundeten Parteien auf die wirtschaftliche Entwicklung, 3. Einfluß der Kreditinflation von 1924 bis 1929, 4. Einfluß der Stabilisierung der Reichsmark nach der Inflation auf vollen Friedenswert.

Es genügt vielleicht, sich die letzte These einmal recht gründlich klarzumachen. Sie deutet nämlich, wenn man sie recht versteht, an, daß die Herren „Wirtschaftsführer“ immer noch mit der Schaffung einer „Binnenmark“ liebäugeln trotz allen Ableugnens! Das Tollste aber ist, daß Thyssen im Auslande u. a. fordert, „Deutschland muß den Sozialismus abschwören“, und zum Beweis dieses „Sozialismus“ wird folgendes (besonders für Thyssen zutreffend) aus einer Rundfunkrede unseres Genossen Dr. Grimme (preußischer Kultusminister) zitiert:

„Das ist kein Endziel, wenn auf den freigewordenen Thronen der Fürsten die Wirtschaft sitzt und souverän die Geißel schwingt. Es ist an der Zeit, daß zu dem Kampf um die Befestigung des demokratischen Gedankens der Kampf um eine Wirtschaft hinzutritt, in deren Mittelpunkt nicht mehr das Kapital des einzelnen Privaten steht. Sittliches Gebot ist es, die Welt der Wirtschaft zu gestalten im Hinblick auf die sozialistische Idee.“

Diese Sätze treffen den Nagel auf den Kopf. Und zu Thyssens Entrüstung ist nur zu sagen: Jeder blamiert sich vor dem Auslande, so gut wie er kann.

Es versteht sich im übrigen am Rande, daß auch der Industrielle Siemens in New York für systematische Lohnkürzung in Deutschland eintrat und erklärt, die deutsche Wirtschaft stehe „im Kampf für das Prinzip des Individualismus, gegen das Prinzip des Sozialismus“. Es kann getrost als ein Skandal ohne gleichen bezeichnet werden, wenn sogenannte Wirtschaftsführer das Nationalansehen im Auslande auf ihren Staat und ihr Volk herabmindern. Wie das Kontinentalbüro New York meldet, hat die Zuhörerschaft, die vorwiegend aus amerikanischen Wirtschaftsführern und Akademikern bestand, die Darlegung der deutschen innenpolitischen Fragen durch Thyssen ungünstig aufgenommen. Wir möchten nur noch sagen, daß die Zeiten einmal kommen werden und kommen müssen, wo wir mit diesen Leuten gründlich abzurechnen haben.

\* \* \*

Aber die Unternehmer sind in Deutschland selbst auch nicht minder rührig. Nachdem ihre „Denkschriften“ nicht mehr ganz ernst genommen werden von der unabhängigen Presse, versuchen sie es nun von hinten herum. So veröffentlichte in den letzten Tagen die „Kölnische Zeitung“ einen Artikel über den Wirtschaftsbeirat. In dem behauptet wird, daß dieses Monstrum mit der eigenartigen Zusammensetzung über Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen von Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten Entscheidungen fällen soll. Sämtliche gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen haben auf Grund dessen folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht:

„In der „Kölnischen Zeitung“ und auch in anderen Blättern befinden sich Mitteilungen über den voraussichtlichen Inhalt der bevorstehenden Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung, die, falls sie auch nur annähernd zutreffen, nach einmütiger Ansicht der gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates ernstlich gefährden müßten. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß ihre Mitwirkung an solchen Verhandlungen von der Voraussetzung ausgeht, daß Zweck und Aufgabe der Arbeiten des Wirtschaftsbeirates auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleibt.“

Wir bringen hierzu noch in Erinnerung: einmal liegen die Erklärungen Brünnings und Stegerwalds vor, daß am Tarifrecht nicht gerüttelt werden soll. 2. Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß des Reichstages vom 16. Oktober fordert ebenfalls die Unantastbarkeit des Tarifvertrages. 3. Hat Brüning bezüglich des neuen Wirtschaftsbeirats ausdrücklich erklärt, daß dieser Wirtschaftsbeirat die Aufgabe haben soll, ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate auszuarbeiten. Dieses Programm soll als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung haben. Freilich, die Arbeitgeber kennen kein anderes Wirtschaftsprogramm als Abbau der Gehälter, Löhne, Tarifverträge.

Wir sind aber der Meinung, daß man nicht alle Dinge auf die Spitze treiben kann. Das deutsche Volk ist in seinen Millionen der Arbeitnehmer gegenwärtig derart gepeinigt von seinen wirtschaftlichen Nöten, daß es weitere Bedrückungen und Einschränkungen nicht auf die Dauer ertragen kann. Die Gewerkschaften werden jedenfalls alles daransetzen, sich hiergegen zur Wehr zu setzen. Wir sind überzeugt, daß unsere Mitgliedschaften in den bevorstehenden Abwehrkämpfen in Reih und Glied marschieren. E. D.



## Die Gemeindearbeiter und Straßenbahner im Lohnkampf

Die Lohnverhandlungen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner mit dem Reichsarbeitgeberverband sind am Sonnabend, dem 24. Oktober, nach zweitägiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden. Die Vereinbarung vom 22. August 1931, die den Lohnstreit aus § 7 Abs. 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 beendet, regelte die Löhne bis 31. Oktober 1931. Diese Notverordnung, deren wesentlicher Inhalt trotz Erklärungen der Reichsregierung, trotz Brüning's Stellungnahme für das Tarifrecht in die Notverordnung vom 6. Oktober übernommen worden ist, bestimmt im Teil II, Kapitel I, § 6:

„Werden die bei Verkündigung dieser Verordnung bestehenden lohn tariflichen Vereinbarungen für die Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost gekündigt und kommt für die Zeit nach ihrem Ablauf keine neue tarifliche Regelung zustande, so gelten die bisherigen tariflichen Vereinbarungen bis 31. März 1932 als neu vereinbart. Für die Dauer dieser Verlängerung ermäßigen sich jedoch die Stundenlohnsätze einschließlich des Soziallohnes und der Dienstalterszulagen, wenn sie 66 Pf. nicht übersteigen, um 1 Pf., 88 Pf. um 2 Pf., 111 Pf. um 3 Pf., 111 Pf. übersteigend um 4 Pf. Außerdem entfällt der Kinderzuschlag für ein kinderzuschlagfähiges Kind.“

Die Notverordnung vom 6. Oktober bestimmt:

„An die Stelle der im Abs. 1 vorgesehenen Regelung kann unter Aufrechterhaltung der bisherigen Regelung der Kinderzuschläge eine Kürzung der Stundenlohnsätze um 4 1/2 Proz. treten. Auf Grund des § 7 der Notverordnung gelten diese Bestimmungen auch für die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.“

Der Reichsarbeitgeberverband ging bei den Verhandlungen am 23. und 24. Oktober weit über die Bestimmungen der Notverordnung hinaus. Er forderte ab 1. November einen Abbau aller Löhne um 9 Proz., weiter die Beseitigung aller Lohnschutzklauseln aus dem Lohnabkommen im Frühjahr dieses Jahres. Die neuen Lohnabkommen sollen unbefristet, von Monat zu Monat kündbar, sein. Die Arbeitgeber begründeten ihre Forderungen mit der trostlosen Finanzlage der Gemeinden. Sie wollten die Lasten, die ihnen die Wirtschaftskrise aufbürdet, zu einem erheblichen Teile auf ihre Arbeitnehmer abwälzen. Die Arbeitnehmerverbände stellten fest, daß die Opfer, die die Gemeindearbeiter im Laufe dieses Jahres getragen haben, ganz gewaltig sind und weit über das Maß hinausgehen, die anderen Berufsgruppen, auch öffentlicher Dienste, auf sich nehmen mußten. Die Ein-

Die 20 Stadtgemeinden beschäftigen etwa 50 Proz. der Gemeindearbeiter und Straßenbahner. Die Gesamtsumme der Lohn einsparungen dürfte für die gesamten deutschen Gemeinden pro Woche etwa 3 Millionen Mark betragen und sich im Jahresausmaß auf mehr als 150 Millionen Mark beziffern. Bei einer Gesamtlohnsomme zu Beginn dieses Jahres von etwa 750 Millionen Mark betragen die bisherigen Lohn einsparungen mehr als 20 Proz. In Orten wie Berlin, Dresden, Hamburg und Frankfurt a. M. wird dieser Prozentsatz zum Teil erheblich überschritten. Für Berlin werden Lohn einsparungen von rund 25 Proz., für Hamburg 26,4 Proz., für Dresden 26,4 Proz., für Frankfurt a. M. 22,4 Proz. und für Breslau 21,5 Proz. festgestellt.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß das vorliegende Arbeitsaufkommen fast das gleiche blieb.

Die Arbeitgeber waren nicht in der Lage diesen Feststellungen zu widersprechen. Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Gemeindearbeiter und Straßenbahner bisher gebracht haben, verlangen die Organisationen, daß Schluß gemacht wird mit weiteren Belastungen der Arbeiter. Die Gemeinden beschwören durch ihre übersteigerten Forderungen ungeheure wirtschaftliche Kämpfe herauf. Bei Abschluß der Lohnbewegung im August d. J. war einmütig bei allen Gemeindearbeitern die Auffassung vertreten, „nun aber endlich Schluß mit diesen Lohnabbau methoden“. Ungeheuerlich ist es, daß die Gemeindevorkämpfer in ihren Forderungen weit über das Maß der Forderungen von Reich und Staat hinausgehen. Wir fragen: „Wo bleiben die Zusagen und Versprechungen der Reichsregierung?“ Auf der Junitagung der deutschen Bankiers erklärte der Reichskanzler Brüning: „Die einfache Formel, die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung und immer weiter durch Lohnsenkung zu heben, kann keine Rettung bringen.“ ... „Die Konsumkraft würde bei einem solchen Schrumpfungsvorgang immer weiter sinken und die Produktion auf das schwerste schädigen.“ Und am 15. Oktober im Reichstag: „Man könne nicht die Lasten allein auf die Arbeiter abwälzen.“

Duldet oder stützt trotz dieser Erklärungen die Reichsregierung die Forderungen der gemeindlichen Arbeitgeber?

Die Verhandlungskommission hat die Entscheidung über die Forderungen der Arbeitgeber in die Hände der Reichstarkommission gelegt, die am Montag, dem 26. Oktober, zusammentrat. Die Reichstarkommissionen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner haben die Vorschläge des Reichsarbeitgeberverbandes einstimmig abgelehnt. Weitere Verhandlungen sind auf den 29. Oktober vertagt.

### An die Arbeitnehmer der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände Kolleginnen und Kollegen!

Die Angriffe gegen die Lebenshaltung der Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe verstärken sich. Die Angriffe der privaten Wirtschaft gegen Löhne und Gehälter der öffentlichen Arbeitnehmer fanden die Unterstützung der Regierung. Wir stehen seit Monaten im Abwehrkampf. Schwerste Kämpfe stehen uns noch bevor. Im Abwehrkampf gegen Lohnraub und Verschlechterung sozialer Einrichtungen tut gewerkschaftliche Organisation mehr not als je. Nur die einheitliche, geschlossene Abwehrfront der Arbeitnehmer der Gemeinden und Gemeindeverbände wird in der Lage sein, den Angriff gegen unsere Lebenshaltung abzuwehren, und mehr als je erfordert die Gegenwart, daß die Arbeitnehmer der Gemeindebetriebe und -verwaltungen Schulter an Schulter im Abwehrkampf stehen. In diesem Kampf gilt jeder Außenseiter als Verräter. Der Wille zur Selbsterhaltung zwingt uns, die vollständige Einheitsfront herzustellen. Die Gemeindearbeiter haben die Angriffe auf ihre Lebenslage bisher nach Kräften zurückgewiesen. Die nächste Zukunft wird stärkste Anforderungen an eure Solidarität stellen. Kolleginnen und Kollegen der Werke, der Kammerebetriebe, der Landstraßen, des Gesundheitswesens, der Feuerwehr, der Garten-, Park- und Friedhofsbetriebe, Arbeiter, Angestellte, Beamte, schließt die Einheitsfront im Gesamt-Verband!

W. Plehnke

hommens Kürzungen durch doppelten Lohnabbau und infolge Arbeitsstreckung betragen für viele Zehntausende deutscher Gemeindearbeiter und Straßenbahner 30 Prozent und mehr ihres an sich schon bescheidenen Einkommens. Neben den direkten Lohnkürzungen von durchschnittlich 12 bis 14 Proz. sind die Lohnausfälle infolge Arbeitsstreckung zum Zwecke der Einstellung von Wohlfahrts-erwerbslosen und der Verhinderung von Entlassungen ganz gewaltig. Mehr als 150 000 Gemeindearbeiter und Straßenbahner haben Arbeitskürzungen von 4, 8, 16 ja bis zu 24 Stunden je Woche auf sich genommen. Die vielfach vorhandenen Auffassungen, daß die Gemeindearbeiter bisher von der Krise wenig berührt wurden, trifft nicht zu. Die Entlassungen gehen trotz aller Arbeitsstreckungen in die Zehntausende. — Die Einsparungen der deutschen Gemeinden aus diesen lohnpolitischen Maßnahmen sind gewaltig. — Nach einer Feststellung des Gesamt-Verbandes, die sich auf zwanzig Großstädte mit rund 166 000 Arbeitnehmern erstreckt, betragen die Lohn einsparungen in der Zeit vom 1. Januar 1931 bis 1. Oktober 1931 durch Verminderung der Belegschaften, Arbeitszeitverkürzungen und Lohnkürzungen rund 1 687 500 Mk. je Woche. Im Jahresausmaß beträgt die finanzielle Entlastung der Kommunen in den 20 Gemeinden annähernd 88 Millionen Mark.

Die Gesamtsumme der Lohn einsparungen dürfte für die gesamten deutschen Gemeinden pro Woche etwa 3 Millionen Mark betragen und sich im Jahresausmaß auf mehr als 150 Millionen Mark beziffern. Bei einer Gesamtlohnsomme zu Beginn dieses Jahres von etwa 750 Millionen Mark betragen die bisherigen Lohn einsparungen mehr als 20 Proz. In Orten wie Berlin, Dresden, Hamburg und Frankfurt a. M. wird dieser Prozentsatz zum Teil erheblich überschritten. Für Berlin werden Lohn einsparungen von rund 25 Proz., für Hamburg 26,4 Proz., für Dresden 26,4 Proz., für Frankfurt a. M. 22,4 Proz. und für Breslau 21,5 Proz. festgestellt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß das vorliegende Arbeitsaufkommen fast das gleiche blieb. Die Arbeitgeber waren nicht in der Lage diesen Feststellungen zu widersprechen. Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Gemeindearbeiter und Straßenbahner bisher gebracht haben, verlangen die Organisationen, daß Schluß gemacht wird mit weiteren Belastungen der Arbeiter. Die Gemeinden beschwören durch ihre übersteigerten Forderungen ungeheure wirtschaftliche Kämpfe herauf. Bei Abschluß der Lohnbewegung im August d. J. war einmütig bei allen Gemeindearbeitern die Auffassung vertreten, „nun aber endlich Schluß mit diesen Lohnabbau methoden“. Ungeheuerlich ist es, daß die Gemeindevorkämpfer in ihren Forderungen weit über das Maß der Forderungen von Reich und Staat hinausgehen. Wir fragen: „Wo bleiben die Zusagen und Versprechungen der Reichsregierung?“ Auf der Junitagung der deutschen Bankiers erklärte der Reichskanzler Brüning: „Die einfache Formel, die Produktivität unserer Wirtschaft nur durch Lohnsenkung und immer weiter durch Lohnsenkung zu heben, kann keine Rettung bringen.“ ... „Die Konsumkraft würde bei einem solchen Schrumpfungsvorgang immer weiter sinken und die Produktion auf das schwerste schädigen.“ Und am 15. Oktober im Reichstag: „Man könne nicht die Lasten allein auf die Arbeiter abwälzen.“ Duldet oder stützt trotz dieser Erklärungen die Reichsregierung die Forderungen der gemeindlichen Arbeitgeber? Die Verhandlungskommission hat die Entscheidung über die Forderungen der Arbeitgeber in die Hände der Reichstarkommission gelegt, die am Montag, dem 26. Oktober, zusammentrat. Die Reichstarkommissionen der Gemeindearbeiter und Straßenbahner haben die Vorschläge des Reichsarbeitgeberverbandes einstimmig abgelehnt. Weitere Verhandlungen sind auf den 29. Oktober vertagt.

## Die Arbeitslosensiedlung

Auch das Siedlungsproblem ist nunmehr durch Notverordnung in Angriff genommen. Ob die gewählte Form allerdings brauchbar sein wird, dürfte noch recht bezweifelt werden. Jedenfalls ist sie noch sehr roh und ihr Inhalt noch unbestimmbar. Zunächst ist durch die Notverordnung ein Reichskommissar bestellt, dem das Recht gegeben ist, zur Siedlung geeignet erscheinendes Land gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. In Aussicht genommen ist in erster Linie Land aus dem Besitz der größeren Städte und öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Um möglichst geringe Barzahlungen nur aufwenden zu brauchen, ist der Reichskommissar mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, er kann Reichsbürgschaften für entstehende Verbindlichkeiten, auch für den Zins- und Tilgungsdienst, übernehmen. Er kann auch Pacht- und Nutzungsrechte gegen Entschädigung aufheben und zur Verbilligung der Hypotheken Zinszuschüsse gewähren. Aus leider noch nicht feststehenden und noch nicht greifbaren Mitteln soll ein Fonds für die Erwerbslosensiedlung geschaffen werden. — Den in der Tagespresse veröffentlichten ziemlich bestimmten Plan, 100 000 Erwerbslose auf 2 bis 4 Morgen mit je 2000 Mk. Kosten anzusiedeln, hat die Notverordnung nicht übernommen, sondern die Regierung hat es vorgezogen, in dieser Beziehung noch völlig freie Hand zu behalten. Ob aus dieser Dorfsicht der Entschluß der Regierung gefolgert werden darf, den Umfang der vorstädtischen Siedlung nicht so weit zu stecken, wie Professor Dr. Robert Wilbrandt es in seinem Plan vorgesehen hat, ist jedoch auch noch nicht erkennbar. Deshalb erscheint es angebracht, sich auch mit diesen Dorfschlüssen noch zu befassen. Wilbrandt will zwar auch dem einzelnen Siedler nur einen halben Hektar Land geben; aber er will hochintensiv betriebene Gärtnereien schaffen mit allen Mitteln einer „Siedlungstechnik“, erworben auf Siedlerschulen. Mindestens eine siebenfache Steigerung des Ertrages einer landwirtschaftlichen Bodennutzung glaubt er durch technische Hilfsmittel, vor allem mit der Motor-Bodenfräse, herausholen zu können. Das ist ihm der „zentrale Punkt“ seines Planes, in den er zwei Millionen Arbeitslose als „nebenberufliche“ Siedler einbeziehen will.

Nach diesem Plan sollen also eine Million Hektar —  $\frac{1}{30}$  der Bodensfläche des Deutschen Reiches — mit gärtnerischen Halbsiedlern besetzt werden. Entsprechend der beabsichtigten höchst intensiven Bearbeitung jeder Siedlerstelle sind natürlich die angelegten Kosten weit höhere als beim Regierungsprojekt, nämlich je 5000 Mk. für Boden und Inventar und 7500 Mk. für jedes Wohnhaus. — Die Finanzierung macht Wilbrandt nach dem Beispiel der Regierung keine allzu großen Kopfschmerzen. Auf seine diesbezüglichen Vorschläge braucht auch zunächst nicht näher eingegangen zu werden, weil sein Plan ohnedies schon starke Bedenken erweckt. Da Wilbrandt intensive Bodennutzung nach gärtnerischen Methoden, ausgeübt von zwei Millionen Menschen, die unmöglich alle genügend gärtnerisch vorgebildet sein können, will, so steht er vor, daß diese in Siedlerschulen die notwendige Anleitung erfahren sollen. Das wird aber gewiß nicht besonders erfolgreich in dem schnellen Tempo ausgeführt werden können, mit dem den Arbeitslosen doch geholfen werden sollte. Von dem ziemlich großzügig angenommenen Personenkreis und Flächenumfang wird also ein erheblicher Teil abgesetzt werden müssen, der gewiß in absehbarer Zeit nicht intensiv nutzbar gemacht werden kann.

Inwieweit bei durchschnittlich zwei Morgen „großer“ Bodensfläche, deren Qualität meist sehr zweifelhafter Natur sein wird, wie es die Erfahrungen bei den bisherigen Erwerbsgärtnerisiedlungen gezeigt haben, die moderne Technik sich intensiv gestalten läßt, das möge einer späteren Prüfung noch vorbehalten bleiben. Zunächst bedarf ein noch wichtigerer Punkt der Untersuchung, nämlich die Absatzfrage.

Es ist geradezu unverständlich, wie man mit der wissenschaftlichen Gründlichkeit eines Professors an diesem so eminent wichtigen Punkte des Problems vorübergehen könnte. Steht und fällt doch dieses mit der zu- oder abnehmenden Wahrscheinlichkeit eines ausreichend lohnenden Absatzes. Da wir in der Gärtnerei durchaus kein Neuland, im Gegenteil einen teilweise schon in recht hoher Intensität rationalisierten Erwerbszweig vor uns haben, so ist sehr leicht ein Ueberblick über die Absatzverhältnisse gewonnen. Diese sind keineswegs so rosig, daß aus ihnen der riesengroße Optimismus Wilbrandts sich rechtfertigen läßt. Der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues hat erst vor einigen Tagen vor der Presse dargelegt, daß die Preise für Obst und Gemüse oft die Herstellungskosten nicht decken, und daß aus diesem Grunde die aus handelsrechtlichen Gründen erforderliche Einheitspackung noch

immer nicht in dem wünschenswerten Maße habe durchgeführt werden können. Die Arbeitnehmer der Gärtnerei, die sonst im schärfsten Gegensatz zu den Auffassungen und Bestrebungen des gärtnerischen Unternehmerverbandes stehen, pflichten ihm aber hier völlig bei. In allen marktgärtnerischen gärtnerischen Produkten besteht schon seit längerem eine maßlose Ueberproduktion, auch deshalb, weil viele Landwirte sich auf den Anbau von Gemüse, Spargel, Rhabarber, Beerenobst usw. umgestellt haben. Durch den Ausbau des Kleingartenwesens und der Wohnsiedlungen in der Umgebung der Großstädte sind auch Tausende von Familien zu Selbstherzeugern von Gartenprodukten geworden, und die Zahl der Konsumenten hat dadurch eine nicht unbedeutende Schwächung erfahren. Die Schwächung der Kaufkraft der breiten Volksmassen durch den jetzt ständig ausgeübten Lohndruck ist im übrigen so gewaltig, daß die Absatzkrise auf dem Marke der gärtnerischen Produkte ihre Erklärung findet. Sie muß zur Katastrophe für die bisherigen und naturgemäß auch für die neuen zwei Millionen Erzeuger werden, wenn diese selbst mit mindestens vier Millionen Köpfen als Konsumenten von diesem Marke verschwinden, um ihn andererseits mit intensiv gesteigerter Ueberproduktion noch überflutet zu helfen. Das bereits zum Schlagwort gewordene „Derdrängen der Einfuhr des Auslandes“ wird aus den verschiedensten Gründen nicht Wirklichkeit werden können. Das Ausland beliefert den deutschen Markt vor allem mit Frühgemüse und Qualitätsobst. Um hier Erfolge zu erreichen, bedarf es anderer Mittel als nebenberuflicher Kleinsiedlung von ungeschulten, am Rande des Elends stehenden Unterstützungsbedürftigen, nämlich wirklich intensiver Arbeit sachkundigster und vollwertigster Kräfte.

Dr. Glaz sagt in der „Zeitschrift für Wohnungswesen“ mit Recht: „Nichts ist gefährlicher als in den ohnehin durch die lange Dauer der Erwerbslosigkeit schon schwer genug betroffenen Bevölkerungsschichten falsche Hoffnungen zu erwecken, die nachher vielleicht nicht erfüllt werden können und daher zu schweren Enttäuschungen führen müssen.“ Das sollte sehr und stets bedacht werden. In den letzten Jahren sind einige hundert Gärtner in besondern Siedlungen angelegt, die meist noch über eigene Kapitalien verfügten. Sie sind durch die geschilberten Absatzschwierigkeiten nicht nur stark enttäuscht, sondern in ihrer Existenz vielfach bedroht. Die traurigen Erfahrungen mit der Umstellung westfälischer Bergarbeiter zu Treibgemüsebauern sollten auch schrecken.

Im übrigen hat sich längst gezeigt, daß durch ländliche sowohl wie gärtnerische Siedlungen im besten Falle einige tausend selbständige Existenzen geschaffen werden können; aber Arbeitnehmer finden in ihnen nur ganz ausnahmsweise und dann auch erst nach Jahren ein meist nur kärglich bemessenes Brot. Es ist eine Tatsache, daß durch lange Jahre hindurch in diesen Siedlungen alle Familienmitglieder bis zu den kleinsten Kindern angepannt werden, um die mühselige Existenz zu sichern. Eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes durch gärtnerische Siedlung wäre also nur zu erreichen, wenn man nach dem Wilbrandtschen Plan tatsächlich Millionen von Menschen ansiedeln könnte. Das aber ist, wie schon dargelegt, aus dem einen Grunde nicht möglich, weil die wichtigsten Grundlagen, ein ausreichend fruchtbarer Boden und ein einigermaßen sicherer Absatz der mühselig genug gewonnenen Erzeugnisse nicht gewährleistet sind. Die Pläne zur Ansiedlung von Arbeitslosen sind auch nach Erlaß der Notverordnung nicht geeignet, große Hoffnungen zu erwecken. Es wird im besten Falle längere Zeit dauern, bis sie sicht- und fühlbare Erfolge zeitigen könnten. Dagegen versprechen die Anregungen zu größerer Förderung des Schrebergartenwesens greifbare Ergebnisse.

Die Erörterung des Problems einer vorstädtischen Erwerbslosensiedlung steht im wesentlichen eine erhebliche Inanspruchnahme der größeren Städte vor; denn diese sollen die Ländereien zur Verfügung stellen. Damit wird aber bestätigt, was von den Gewerkschaften stets vertreten wurde, nämlich die Tatsache, daß die Gemeinden, vor allem die größeren Städte, die geeignetsten Grundlagen abgeben für eine Ankurbelung der Wirtschaft. So ergibt sich denn auch aus diesen Erörterungen der Schluß: Man gebe den Städten die erforderlichen Gelder, denn sie verfügen über die verschiedensten Möglichkeiten zur Erschließung umfangreicher Arbeiten. Arbeitsbeschaffung aber ist das Problem unserer sonnenlosen Tage. Wieder beginnende Arbeit weckt Vertrauen in die Zukunft; aber nur solches Vertrauen kann uns herausführen aus der Krise. L.



## Wenn das Auto kaputt ist

Peter erzählte mir: „Denken Sie sich, also mein Auto war kaputt. Ich fluchte, davon wurde es nicht ganz. Ich schickte es in die Werkstatt — vierzehn Tage hieß der tröstliche Bescheid. Ich wurde plötzlich aus dem isolierten Glaskasten, in dem ich seit vier Jahren lebte — morgens rein in den Kasten, hin ins Büro, abends raus aus dem Büro, rein in den Kasten — wieder und plötzlich in das Leben eines normalen Großstadtbürgers versetzt.“

Das begann damit, daß ich wartete. Wirklich, zum erstenmal seit vier Jahren wartete nicht das Auto mit dem geschulten Chauffeur auf mich, sondern ich stand an der Ecke und wartete auf den Autobus. Die Luft war süß und ungewohnt, sie war eine von den vielen Dingen, die sich rar machten, seit ich unter die Prominenten gegangen war. Ich verstand plötzlich den Satz meines guten alten Arztes: „Sie haben zu wenig Luft!“ Ich hatte darüber gelächelt, ich hatte eben keine Zeit für Luft, jetzt hatte ich plötzlich Zeit. Drei Minuten Zeit für Luft. — Ich atmete so tief, so ausschweifend, daß ich taumelig war, als der Bus plötzlich hielt. Ich stieg ein. Gewohnt, mich mit großer Sicherheit in mein isoliertes Kabriolett zu werfen, sah ich mich plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt, mit Menschen auszukommen. Ich hatte vergessen, daß Menschen drängen, schubsen, schimpfen. Endlich aber hatte ich einen Platz, einen Sitzplatz für mich allein, wenn auch meine Beine, sonst gewohnt, sich weit zu strecken, mit denen meines Gegenüber hart im Raume zusammenprallten.

Was mir Veranlassung gab, mein Gegenüber zu betrachten. Es lächelte und grüßte. Ich grüßte wieder, nicht wissend, ob der Gruß den zusammengeprallten Knien oder einem Wiedererkennen des Gesichts gelten mochte. Allerdings kam mein Gegenüber mir bekannt vor. Unter dem unauffälligen und gepflegten Dref eines Herrn erblickte ich so etwas wie ein menschliches Gesicht. Es war mir ungeheuer vertraut, ungeheuer nah. Ich wußte nicht, wohin damit, und so schloß ich, daß es ein angenehmes Menschengesicht im allgemeinen sei, mir vielleicht vertraut durch eine gewisse Ähnlichkeit mit einem früh verstorbenen, sehr geliebten Bruder. — Ich versenkte mich tiefer in dies Gesicht, ihm im stillen den Namen „Antlitz“ zuerteilend, wie eine Medaille, und entdeckte in ihm soviel, wie seit Jahren in keinem Antlitz mir Begegnender. Dieser Mann war mutig — ich sah es an der breiten Einfachheit seiner noblen Stirn, er war geistesgegenwärtig — das sagten die sehr blauen, sehr ruhigen, sehr scharfen Augen. Er war treu — so erzählte mir sein geschlossener, großer, anständig gezeichneter Mund. Seine Hände, die eine ohne waschledernen Handschuh, waren breit, fest, gewohnt zuzupacken, dabei so feinporig, als gehörten sie einem Chirurgen.

Welch idealer Kamerad! dachte ich. Welch glücklicher Zufall bei meinem Eintritt in die Gemeinschaft derer, die kein Auto haben! Welch Mann für meine Schwester! dachte ich, nun schon einmal in Ekstase, unbekümmert weiter, völlig außer acht lassend, daß meine Schwester seit Jahren einen Mann besitzt, den sie kaum zu tauschen gedenkt. Mich irgendwie ihm zu verbrüdern, schien mir der Sinn dieses Morgens.

Und so überwand ich die Scheu des vier Jahre Isolierten und sagte, meinerseits an den Hut greifend, mit leiser und nach Mäßigkeit angenehmer Stimme: „Verzeihen Sie, mein Herr, Ihr Gesicht kommt mir so vertraut vor! Ist es möglich? Kennen wir uns?“

Der Herr mir gegenüber lächelte freundlich und wie mir schien, ein wenig traurig. Dann sagte er: „Aber Herr Peter — ich bin Ihr Chauffeur!“ —

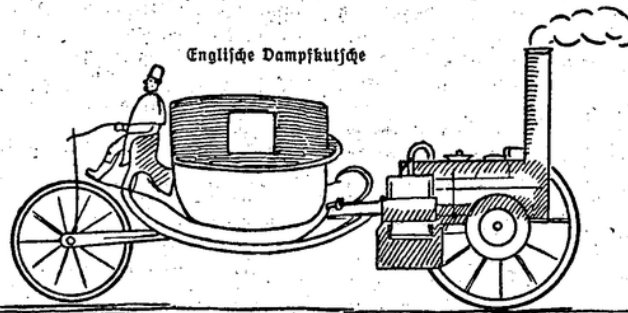
K. Launisch.

## Kinderjahre des Kraftwagens

Schon lange holperten in England Dampfwagen auf den Straßen herum, als es noch gar keine Eisenbahn gab. Natürlich blieben die Dampfwagen auch nicht leer, als die Eisenbahn ihnen Konkurrenz machte. Darüber ärgerten sich die Besitzer der Eisenbahn, und sie verlangten von der Regierung, daß die Dampfwagen verboten werden sollen, weil sie zu gefährlich wären. Das führte zu einem Gesetz im Jahre 1836, das bis 1895 in Kraft blieb und folgenden Wortlaut hatte:

„100 Meter vor jedem pferdelosen Wagen muß ein Mann mit einer roten Fahne hergehen, um auf die nahebegehende Fahne aufmerksam zu machen. Schneller als 4 Kilometer die Stunde darf auf freier Strecke nicht gefahren werden; in Ortschaften nur 3 Kilometer.“

Das erste Motorrad brachte Gottlieb Daimler, der 1882 mit Wilhelm Maybach zusammen in Cannstatt bei Stuttgart eine Versuchswerkstatt betrieb, heraus. Die beiden beschäftigten sich ebenso wie Benz mit dem Bau eines leichten



Motors. Die ersten Versuche unternahm Daimler mit einem gewöhnlichen Zweirad, einem Knochenstüttler, wie die Leute es nannten. Es war schwer zu lenken, aber es lief. Das war im Jahre 1886. Schon im gleichen Jahre baute Daimler seinen ersten Kraftwagen mit vier Rädern, der wenige Monate später als der erste Wagen von Karl Benz fuhr. Beide hatten dasselbe erfunden, obgleich sie sich überhaupt nicht kannten.

## Mein Fachschullehrer spricht

„Junger Mann, passen'se Achtung 'n bißken! So könn'se 'n Koller im Kinderjarten steuern, aber nich 'nen Zweedzenderbiß! Wo ham'se denn de Hand, Mann! 'n Dolang ist keen Kochtopp — feste zupackt, Se vabrenn' Ihnen nich!“

„Fahrse'n mal an, den Herrn Wachmeesta, fahrse'n man ruhig an! Wat mein'se wat Ihnen der erzählt! Een Märchen aus Daujendundeeene wird det nich, junger Mann! So — jetzt jemse Jaß! Jaß sollnse jeben! Herr du meine Jiete, wat denkense denn nach? Wollnse 'nen Troschen in'n Jaßautomaten werfen? So — det zischt, det surrt, det zieht!“

„Wat mein'se woll, wat hier stinkt? Jawoll, da zerbrechense Ihnen den Kopp, wat? De Handbremse duftet, junger Mann, de Handbremse! Jawoll! Vorhin ham'se anjese, nich — und dabei is et jedlieben!“

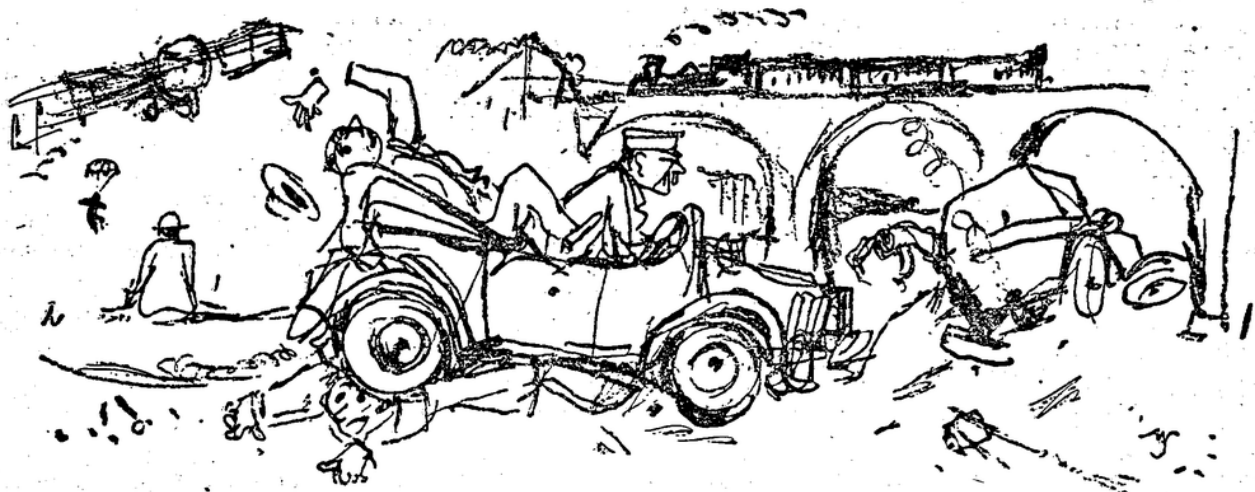
„Wat dut de Handbremse in so'm Fall? Wat sollse dun? Se stinkt zum Himmel! Wie'n Wald voll dotjehangene Affen, jawoll! Also — losjemacht de Handbremse! Mensch!!! Hand-Bremse, det jagt doch der Name vons Kind — wat wollnse'n da mit Ihre Süßbeene!? Lassense doch de Pedaler in Frieden — wa ham doch hier keene Nähmaschine, Mann! — „Nu — man ausjestiejen een bißken. Haube hoch! Uja, junger Mann, 'n frischjepuderter Säuchling is det nich, so 'ne olle ehrliche Fahrtschulkarre! Nu erzählse man, wat 'ne Zindkerze is und wat se soll und wozu der liebe Jott se afunden hat!“

„Ja, vassch nich?... — Ach, wassse sagen! Sie sin imstande und flanzgen Zindkerzen uffn Weihnachtsboom, wat? Haste Ceene, Anton!? Na, nu stellnse Ihnen man vor, junger Mann, Se sin uff 'ne jerabe Schosse an 'nen schiefen Boom jerasselt, nich? Bei Ihre Fahrkenntnisse und Steuerbejabung wird Sie det ja nich weiter schwer falln! Na und da stejense nu ratenweise rum, und wat een Auto war, det is nu 'ne Schraubenhandlung. Und nu stehense vor die dankbare Uffgabe, det Jesährt wieda richtig zusammenzusejen. Beschreibense mal, wie Se det anfangen würden! — — —

„Morjen neh'm' ich frei, det ick mir mal 'nen Taach lang auslachen kann!... Meine Fresse! Wissense, wat det wird, wat Sie da zusammenbafteln? Det wird 'ne Badewanne oder 'n Kachelofen, aber nich 'ne Maschine, Menschenskind! Da is ja een Zylinda überich! Wollnse den uffn Kopp sejen, Mann, und Hochzeit machen? Un det Auspuffrohr? Wat soll denn det Auspuffrohr vorm Derjaßer? Mann, werdense doch lieber Rohrlejer bei de Jaßwerke!...“

C. K. Roellinghoff.





## Denen wir ausgeliefert sind

Nein, diesmal meint der Titel nicht die Wirtschaft, die Banken, die Fabriken, die Militärs. Die Beziehungen zwischen ihnen und uns zu ändern, ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts; immer rascher werden wir uns auf die unabwendbare Entscheidung zubewegen. Im folgenden betrachten wir Menschen, denen wir, wie sich auch alles gestalten möge, immer gleichermaßen ausgeliefert



sein werden; betrachten wir nicht gesellschaftliche Zustände, dauernde Situationen, sondern Momente und Perioden, in denen der einzelne, jedermann, ohne Widerrede und gutwillig sich gewissen Leuten in die Hand gibt.

\* \* \*

Auf dem Ozeandampfer verlassen wir uns nicht auf den

Kapitän allein. Die ungeheure Masse des Vertrauens, das auf dem Atlantik schwimmt, verteilt sich auf das feste Schiff, die tausend, die daran gearbeitet haben, die Heizer, das technische Personal, die Matrosen und Offiziere. Wir wissen, daß der Kapitän, verließen ihn seine Kräfte, würde er überwältigt von einem wirren Gedanken, uns alle und sich zu vernichten, ersetzt werden kann.

Bist du allein mit einem Fischer im Boot, und der Sturm überrascht euch vor der sicheren Rückkehr, steht alle und die einzige Hoffnung nur bei dem einen Mann. Wärst du der einzige Passagier eines Fliegers und ihn verließ die Fähigkeit der Führung, oder er begänne die gewagtesten, deiner Verdauungsweise nicht genehmen Sturzflüge: was könntest du dagegen beginnen? Wehren ist zwecklos, fliegen hast du nicht gelernt, es gibt nur eines: still sitzen bleiben, nicht mucken, sich ergeben, inbrünstig den Moment des festen Bodens unter ungebrochenen Füßen herbeiflehnen. — Neulich las ich, daß man in Finnland jedem Automobilisten, der betrunken am Steuer angetroffen wird, auf fünf Jahre den Führerschein entzieht. Und ich billige es. Das hat nichts mit Prohibition zu tun. Sind Sie schon einmal mit einem bezechten Chauffeur gefahren? Mir ist es geschehen, und die Umstände waren

berart, daß wir uns nicht wehren konnten, als wir am hellen Nachmittage immer im Sackack die Landstraße zwischen Hesdin und Calais hinrauten. Der Spaß ist mäßig. Und doch war der Chauffeur ein lieber, netter Bursche. Was würden Sie sagen, wenn Sie ein Chauffeur aus einem jäh groß werdenden Bedürfnis nach Wasser in die See hineinführe? — Auch ein Bergführer kann plötzlich unheimlich werden, nicht weil uns bei seinem Anblick

alpine Kinoromantik einfällt, sondern weil er uns Wege hinanleitet, die keine sind, vor denen uns graut, hinter denen, schlimmer und schwerer noch, Weglosigkeit droht und starres, glattes Gestein. Ich brachte einst — es war in den südlichen Alpen —

eine führerlose Reisegesellschaft von Freunden zur Umkehr, weil ich mich früher einmal auf dem nämlichen Berge mutterselenaufsteigend hatte und den Nebel fürchtete, in dem wir nicht sahen, wohin wir irrten. Wir wollten zum Abstieg den Umweg der breiten Straße wählen, und marschierten auf sie zu. Da stand wieder der Hirt, der uns vorher den unbegehbaren Pfad



gewiesen hatte. Er bot sich an, uns einen kürzeren Querspfad den Abhang hinunter zu führen. Die anderen stimmten freudig zu, ich lehnte ab, weil ich diese quälenden Ziegensträßlein nicht für uns geschaffen hielt — also zogen die Freunde mit dem Führer abwärts und ich ging allein der großen Straße zu. Eine Diertelstunde später taucht

ein paar Schritte vor mir lang und phantastisch der italienische Hirt auf, packt mich fest am Arm und springt mit mir über die Halde. Ich haßte ihn und mußte doch im Zorn über den alten Sonderling lächeln. Bald stand ich bei den wartenden Freunden, der Führer verließ uns, weil wir, wie er meinte, das Pfädchen vor uns nicht mehr verlieren könnten. Zehn Minuten später waren Pfad und Hirte verschwunden: stundenlang irrten wir todmüde und verärgert auf dem Berge umher. — In manchen schmachtigen älteren Geschichten spielt eine bedeutende Rolle der Apothekerlehrling, der die Pulver und Fläschchen vertauscht und statt eines harmlosen Trunkes ein verbrennendes Gift aushändigt. Solche Geschichten sind je nach der Herkunft entweder moralisch oder frivol gehalten, enden immer gut und kommen, glaube ich, niemals vor. Obwohl gewiß mancher Apotheker den Saft in seinem Laden hat, der

„das Herzweh und die tausend Stöße endet, die unseres Fleisches Erbteil“, so fällt es doch kaum jemals einem ein, uns gerade ein solches Mittel zu geben.

Das Gefühl des Ausgeliefertseins ist viel stärker, an den Hals fassender, wenn wir beim Zahnarzt sitzen in seinem maschinösen, komfortablen Stuhl, von seltsamen und schreckeneinflößenden Instrumenten bedroht. Da ist neben der Wissenschaft Glück Trumpf. Es gibt nicht nur bewundernswerte Gebißausbesserungen bei





Kriegsverletzten, sondern auch den Fall einer abgebrochenen und jahrelang nicht auffindbaren Injektionsnadel. Alfred Döblin hat einmal geschildert, wie ihn ein Zahnarzt fast zu Tode gebracht hat; in der Folge verklagte nicht er den Zahnarzt, sondern der Zahnarzt ihn, und zwar wegen Berufschädigung, entstanden durch jene Schilderung. — Behaglich streckt man sich schon im Ruhesessel des Barbiers aus. Minuten der Ausspannung, der äußerlichen Glättung werden folgen. Man denkt nicht daran, daß man seine Gurgel, so bequem wie nur denkbar, einem Messer darbietet. Man hat ja schließlich auch nicht, wie jener merkwürdige, ungemein beharrliche Kunde in Hebbels kostbarer Erzählung, dem Bader angedroht, daß man ihn erstechen werde, sofern er einen schneide. Darauf hat jener „Barbier von Segringen“ bekanntlich mutig rasiert und nach geglückter Verrichtung dem Kunden versichert, daß er im Falle eines Schnittes rascher mit dem Rasiermesser an der Kehle des Eingeseiften gewesen wäre, als eben dieser sich zu rühren vermocht hätte. Woraus ganz allgemein die Lehre zu ziehen ist, daß wir mit jenen, denen wir ausgeliefert sind, recht höflich und klug umgehen sollen.

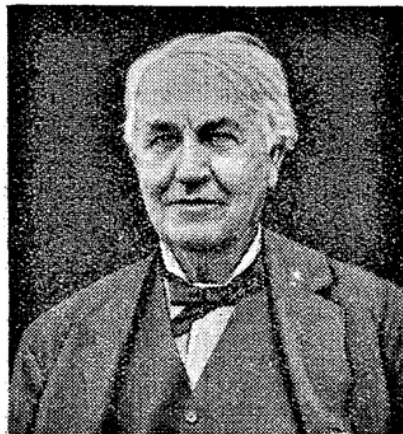


\* \* \*  
 Viele überlegen sich sorgfältig, wo sie ihren Kaffee, ihren Quark, ihr täglich Brot kaufen, aber blindlings nehmen sie jede übervolle Trambahn in Anspruch, die einen Hügel hinabfährt. Es gibt eine Anzahl von Situationen und Gepflogenheiten, die das Vertrauen als einen Grundpfeiler unseres gesell-

schaftlichen Lebens legitimieren, unerschüttert von den schlimmsten Einzelerfahrungen, die täglich Tausenden zugeteilt werden; dazu gehört neben Kleinigkeiten, wie dem garantierten Aussehen von Büchern, dem leichtsinnigen Außerachtlassen von Hüten und Mänteln in Lokalen, der Mitteilung von Dingen, die man für sich behalten sollte..., auch die große und prinzipielle, nicht mit Mut, nur mit Gewöhnung zu motivierende Vertrauenswürdigkeit, die uns den Kapitänen und Piloten, den Ärzten und Heilmitteln, Lokomotivführern und Brückenkonstruktoren ausliefert. — Die Fragwürdigkeit der Schul- und Sühnetheorie erscheint nirgends krasser belichtet als bei den Verkehrs- und Unglücken, den Versehen, die den Tod von einzelnen oder von Hunderten verursachen. Man muß Katastrophen als ein grausames Zufallspiel, das einen richtungslosen Sinn des Lebens aufzeigt, anschauen. Man kann nicht den Arzt und den Patienten, der auf Empfehlung seines Freundes jenen aussuchte und infolge einer ärztlichen Fahrlässigkeit starb, in einen Zusammenhang bringen, der beide der Sühne verketten. Man müßte, suchte man hier dialektisch Gesetze, alle Träger von Berufen, bei denen ein Handgriff, ein Fehlschlag, eine Unwissenheit, eine Zerstreutheit das Leben vieler entscheidet, als schuldlos annehmen oder ihren Dienst als sühnend dispensiert erklären, um nicht die Möglichkeit oder Fähigkeit zu verlieren, mit der wir uns täglich von neuem jenen Menschen ausliefern. Zweeter-Schwimmer i. „Leipz. Volkstg.“.

## Was war Edison der Menschheit?

Der erfolgreichste Erfinder aller Zeiten, Thomas Alva Edison, ist am 18. Oktober im Alter von 84 Jahren gestorben. Damit hat einer der stillen und dennoch bedeutsamen Wohltäter der Menschheit seine Augen für immer geschlossen. Edison ist einer der wenigen großen Menschen, die schon bei Lebzeiten in allen Erdteilen berühmt geworden sind. Er hat seine Erfindungen zu erdumspannenden Erfolgen sich entwickeln sehen. Unter den annähernd tausend Erfindungen, die dieser Mensch in seinem Laboratorium ausgetüftelt hat, sind einige, die erst den Kulturstand der Menschheit von heute ermöglicht haben. Er war ein Pionier der Technik wie selten einer vor und nach seinem Tode. Und wenn der Vorschlag des Schriftstellers Emil Ludwig zur Anwendung kommt, als Ehrung für Edison auf der ganzen Welt eine Minute das elektrische Licht auszuschalten, so wäre das die beste Ehrung für diese außerordentlichen Leistungen. Edison wurde geboren als der Sohn eines holländischen Müllers. Er war schon von Kindheit an auf sich selbst angewiesen. Seine Mutter war eine Schottin, die den Werdegang des Jungen früh beeinflusst hat. Er war schon früh berufstätig und begann schon mit 16 Jahren in einem privaten Laboratorium an der Lösung technischer Probleme zu arbeiten. Neben seinen Erfindungen auf dem Gebiete der Telegraphie hat er vor allem zwei große Erfindungen gemacht: die Glühlampe und den Phonographen. Zwar haben auch andere an der Erfindung der Glühlampe gearbeitet, aber sie vor jetzt 52 Jahren zur industriellen Massenerzeugung vorbereitet zu haben, ist Edisons Verdienst. Und wenn heute der Erdball von der menschlichen Stimme umspannt werden kann, wenn der Tonfilm und die Sprechmaschine so außerordentliche Fortschritte zu verzeichnen haben, so haben wir dies dem Manne zu verdanken, der am 18. Oktober zur großen Arme übergegangen ist.



seines Lebens, es bildete stets nur die Basis zu neuen kostspieligen Versuchen für neue Erfindungen. Wenn Edison mit Recht von sich sagen konnte: Ich lebte ein Bürger derer, die da kommen werden, so sind die, die nach ihm kamen, seine Erfindungen auszubauen und vervollkommneten, größtenteils Menschen gewesen, die nur für sich und ihren Nutzen lebten. Edison hatte einmal schon ein großes Vermögen erworben, das er bis auf einen kleinen Rest bei neuen Versuchen vollständig eingebüßt hat. Die heutigen „Erfinder“ unternehmen wohl fast nie etwas, ohne so gleich zu berechnen, was ihnen die Erfindung einbringen müßte! Der Name Edison war ein Begriff. Und wenn heute die Vereinigten Staaten das erste Industrieland der Welt sind, so hat Edison dazu zu einem großen Teil die Vorbedingungen geliefert. Auch deutsche Unternehmer, wie Rathenau, Bergmann und Schuckert, haben mit Edison zusammengearbeitet und Anregungen von ihm empfangen. Sie haben, zurückgekehrt in die Heimat, die Erfindungen Edisons industriell auszuwerten versucht. Edison ist als Erfinder gestorben. Er war nie Unternehmer, sondern hat anderen die industrielle Ausbeutung seiner Erfindungen überlassen. Sein Freund Henry Ford, der seine Erfindungen in einem Museum der Nachwelt übermitteln hat, sagte von ihm, daß er nie ein Praktiker des Geldes gewesen sei. Von finanziellen Dingen und den Methoden eines Unternehmers verstand er sehr wenig. Nach seiner Anschauung sollte Erfinden Dienst an der Menschheit sein. Die ganze Menschheit sollte dadurch nicht nur glücklicher, sondern auch auf eine höhere kulturelle Stufe gehoben werden. Deshalb kann dieser einzigartige Mensch auch in den Herzen der Arbeiterschaft aller Länder fortleben. Er hat mit dazu beigetragen, daß das Brot schneller wächst als die Menschen und die Menschheit wahrhaft glücklich sein könnte, wenn sie sich von der Tyrannei befreien würde, daß der Ueberfluß an menschlichen Gütern keine einzelnen Schöpfer verarmen läßt.

Mit Stolz konnte aber auch Edison stets sagen, daß er nicht des Geldes wegen so intensiv gearbeitet habe. Wohl erwarb er ein großes Vermögen, aber das diente ihm nicht zur Verbesserung

## „Wahn-Europa 1934“

### VII. (Schluß.)

Aus glühenden Mäulern spien Maschinengewehre ihren Haß und ihr Eisen. Flugzeug um Flugzeug sauste in die Erdtiefe, zerflossen, gerammt. Feuerbündel begleiteten ihren Sturz. Die geschlossenen Fronten zerrissen wie morsche Gewebe. Freund und Feind vermischten sich zu sinnlosem Gemenge. Franzosen ramnten Franzosen, Italiener überrannten Italiener. Flugzeuge, die aus großen Höhen abfackten, rissen darunter kämpfende Maschinen mit sich in ihren Todessturz. Die Abwehrgeschütze der Grenzforts schleuderten brüllend ihre Todesgarben zum Himmel.

Breite Lücken klafften zwischen den Fronten. In diese Lücken hinein und hindurch schossen neue Geschwader, das Schlachtfeld zu durchstoßen und ins feindliche Hinterland einzubrechen. Im Norden wurden die französischen Geschwader von überlegenen Kräften zurückgeworfen. Im Süden, über der Küste zwischen Marseille und Toulon, gelang es achtzig Italienern, eine französische Kampfgruppe zu überrennen. Dreißig Franzosen versanken binnen Minuten im Golf du Lion. Eine italienische Staffel setzte einer französischen Kriegsflotte nach, die flüchtend aus Toulon herausgedampft war. Aus hundert Meter Höhe schleuderten die Italiener ihre Bomben auf die Kriegsschiffe. Die Bordgeschütze schossen Flugzeug um Flugzeug herunter, aber von den siebzehn französischen Schiffseinheiten gewannen nur sieben das offene Meer, zehn Kreuzer und Schlachtpanzer verschwanden unter den Wogen des Mitteländischen Meeres.

Im Zentrum der Luftschlacht hatten die Franzosen die unbefruchtete Oberhand. In einer Frontbreite von vierzig Kilometer ergossen sich hier hundertzwei Kampfplieger nach Osten, auf der Suche nach den feindlichen Bombenaeswadern. Aber bis zu den Osthängen der Alpen stießen sie nur auf kleinere Gruppen, die vernichtet wurden. Die feindlichen Bombengeschwader waren durch Funkbefehle nach dem nördlichen und südlichen Schlachtfeld dirigiert worden, wo die Italiener sich freien Weg erkämpft hatten. In schwindelnden Höhen von sechstausend, siebentausend Metern jagten, im Norden und im Süden, sieben italienische Wellen mit fast fünfhundert Bombenflugzeugen nach Südfrankreich hinein, Richtung Toulouse, Industriebezirke von St. Etienne, Lyon, Paris.

Die französischen Invasionsgruppen hatten sich gleichfalls geschickt der Luftschlacht entzogen. Die Korsika-Gruppe hatte Kurs auf Rom—Orbetello—Pisa, feindliche Maschinen vor sich her-treibend. Die Hauptgruppe, auf Genua und die Do-Ebene angelegt, war weit südlich übers Meer ausgebogen. Die ihr zugeordneten Kampfplieger hatten wiederholt feindliche Geschwader zerlegt. In zahllose Gruppen aufgelöst, stürzte dieser Teil der Invasionsarmee dem Golf von Genua entgegen. Die Grenobler Invasionsgruppe war in die Luftschlacht mitgerissen worden; nur zwei Duzend Bombenfliegern gelang es, von fünfzig Kampfpliegern geschützt, durch eine Lücke durchzubrechen und in unheimlichen Höhen die Alpen ostwärts zu überwinden.

Ueber Marseille und Toulon brannten die Scheinwerfer zum Nachthimmel. Die Kanonen waren verstummt. Schwarz lag unten das Häusermeer beider Städte. Wie aus der Hölle schrie es herauf aus der Tiefe. Die stolzen Städte hatten nicht mehr zu geben als die Schreie der letzten Lebenden. Toulon war von dreißig, Marseille von dreißigzwanzig Giftgasbomben getroffen worden. Es waren Bomben, deren jede einzelne im Umkreis von zwei Kilometern das Leben von Mensch und Tier dem Tod überantwortete. — Das Paradies zwischen Mentone und dem Löwen-golf war in fünfzig Minuten zum Kirchhof geworden. Wo die Stimme von Tieren und Menschen noch die Nacht durchschlug, war es der Todeschrei einer Kreatur, die sterbend die Erde entgötterter Angeheuer verfluchte...

Paris hallt wider vom Schrei menschlichen Schlachtviehes. Das Stadtviertel zwischen Börse und Tuileries verwandelt sich in ein Schlachtfeld. Gebrüll erfüllt die Nacht. Paris wird lodernder Krater. Bombe auf Bombe fährt krachend in das Meer von Stein und Fleisch.

Jetzt brausen zwei italienische Flieger fünfzig Meter über den Dächern. Gewehre und Maschinengewehre fallen sie an. Der eine todesmutige Italiener wirft seinen mörderischen Gruß auf die Esplanade des Invalides, stürzt hinüber aufs andere Seineufer, bombardiert den Jardin des Tuileries, schraubt sich wieder in die Höhe, indem er die dritte Bombe auf die Place Vendôme herabschleudert. Nach fünfzig Metern sackt er ins Dächergewirr,

dem eine Feuerfäule entspringt. Der andere der beiden Flieger segelt wie ein Wrack mit hängender Tragfläche vom Champ de Mars her über die Seine, er hat schon Duzende von Kugeln im Apparat, aber er steuert ihn weiter nach Norden. An der Place de l'Étoile erreicht ihn das Geschick. Im Sturz überschlägt er sich zweimal. Die Trümmer schmettern auf dem Arc de Triomphe auf, unter dem der Unbekannte Soldat noch den Traum des letzten Weltkrieges fortträumt. Seine aufgeschwungene Seele fährt aus der Steingruft, irrt über der Vernichtung: gestorben einst für das Vaterland! Verdammte, die große Menschenschmach neu zu erleben.

Der Arc de Triomphe zerspringt in Splitter. Die Gasbombe und die Sprengbombe, die der abgelauchte Flieger noch an Bord hatte, sind detoniert.

Menschenfetzen, Autoreste, Asphaltbrocken, Steinschutt prasseln über Boulevards. Blutströme wälzen sich durch die Gassen. Giftdampf strömt durch Mauern und Menschenhaut. Todesröcheln mischt sich mit irrem Gelächter. Tobstüchtige zersprengen ihre Schädeldecken an Laternen und Mauerecken. Aus Kathedralen wimmert, flucht, betet es zum feurigen Nachthimmel hinauf. Flammenbündel wehen wie lodernde Fahnen, der Trocadéro stürzt als steile Flamme aufwärts. Die Lichtkegel der Scheinwerfer kreisen. Kanonen donnern. Maschinengewehre rasseln. Flugzeuge sausen nieder wie Meteore.

Das Herz Frankreichs, das Herz eines liebenswerten Volkes wird von Dämonen in Stücke gerissen. Der Geist des Unbekannten Soldaten schwebt schauernd über dem Grabmal, das die Liebeliebenden nicht ihm, sondern ihrer eigenen Hoffnungslosigkeit errichteten. Er schwebt frierend über Europa, von dem er verraten wurde. Der Geist des Unbekannten Soldaten weicht flüchtend zurück vor Wahn-Europa, vor der Menschenerbe, die, um das Leben zu gewinnen, erst den Kreuzestod erleiden muß.

Mit rotem Brand steigt die Morgen Sonne aus der Adria herauf. Leichengeruch dampft ihr entgegen. Der Dönn zu Maisland buckelt sich als marmornes Trümmergebirge über einem Meer von Giftnebel. Was darunter stöhnt und verendet, weiß niemand.

Dort wo Turin, Alexandria, Cremona und Florenz liegen müssen, strecken nur Stümpfe von Kirchtürmen ihre Trostlosigkeit und Anklage über qualmende Giftschwaden hinaus.

Gegen den Hafen von Genua branden die blauen Wogen und schleudern Schiffstrümmer und menschliche Gliedmaßen an den Felsenstrand. Die Stadt selbst ist ein rauchender, brennender Haufen. Heere von Uniformen und Zivilisten bedecken die Landstraßen. Heimatlose Tierherden mit menschlichem Antlitz geistern durch Wälder. Verreckte wie vergiftete Hunde. Dörfer sind stumme Fackeln. Städte hallen wider von rasselndem Röcheln und bellendem Lachen.

Hundert französische Flieger stoßen immer noch hünen-gleich über bewohnter Erde durch die Morgenhelle. Erbarmungslos halten sie sich an ihre Befehle: Wo ein französischer Flieger über Feindesland erscheint, muß unter ihm das Leben dem Tode verfallen. Roms Ewigkeit verbrennt zwischen Feuersäulen. Die Ruine der Peterskirche, Fels und Wahrzeichen brüderlicher Menschenliebe, starrt seelenlos zum blauen Südhimmel hinauf.

Der Palazzo Venezia steht stumm in seiner Zerstörung. Menschenkadaver, mehrfach geschichtet, bewachen ihn in graufiger Stummheit. Drinnen, quer über den mächtigen Renaissance-tisch geschleudert, zwischen Akten und Staatsdepeſchen, liegt ein verflümmelter Körper. Der Kopf ist zu Brei gedrückt. Der Arm des Duce ist ausgerissen, der so stolz sich einst in die Höhe recken konnte. Hier in diesem Saal müssen verzweifelte Fäuste zugespitzt haben! Ein geronnener Blutbach läuft, wie eine verspätete Antwort über eine Depeſche, auf der die erstarrte Faust Capponis ruht, gerade dort, wo der letzte Satz des Funkgesprächs zu lesen ist:

„Europa erwartet mit heißem Herzen, daß seine Führer in dieser Stunde so groß sind, wie sie vor zwanzig Jahren klein und unfähig waren.“  
Léon Brandt.

Ein begreiflich großes Interesse hat unsere Veröffentlichung der Zeitschnittstelle aus dem Roman von Hanns Gobiſch „Wahn-Europa 1934“ bei unseren Lesern gefunden. Auf vielfache Anfragen geben wir bekannt, daß unsere Kollegen den geschlossenen Roman von der Verlagsanstalt „Courier“ zum Preise von 4,80 M. beziehen können. Bei größerer Abnahme (Sammelbestellungen) wird noch eine Preisermäßigung gegeben.

Dadurch ist die Möglichkeit geschaffen, dieses sensationelle Antikriegsbuch in weiteste Kreise zu verbreiten, denn jeder Freigewerkschafter und Sozialist muß das Buch lesen.



## Zwei Rezepte zur Wirtschaftskrisis Ein deutscher und ein amerikanischer „Wirtschaftsführer“

Die Erstarrung und die geistige Verkalkung der kapitalistischen Wirtschaftsführer spiegelt sich in nichts so deutlich und grell wider, wie in den von diesen Führern vorgeschlagenen Mitteln zum Auswegfinden aus der Krise. Der Einzelhandel spielt dabei eine wenig beneidens- und geradezu bemitleidenswerte Rolle. Diese Zwitterrolle des Einzelhandels spricht aus einem Aufsatz des Geschäftsführers der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Dr. Friedrich v. Pöll, „Individuelle Lohnpolitik“ in der „Textil-Zeitung“ vom 2. September 1931. Der kapitalistische Anwalt kennt die verheerenden Wirkungen der zunehmenden Kaufkraftschrumpfung. Er schreibt:

„Es zeigt sich, daß die Einkommen einer großen Zahl von Lohnempfängern schon überwiegend auf Miete und Nahrung ausgehen, zu sonstigen Anschaffungen aber nur noch geringen Raum lassen. Schematische Lohnsenkungen könnten demnach weitere katastrophale Umsatzausfälle (z. B. bei Textilien, Pausrat, verschiedenem elektrischen Kleingerät, Möbelsubehör u. dgl.) ergeben, die ihrerseits wieder einen starken Beschäftigungsrückgang bei den Produzenten dieser Warengruppen zur Folge haben. Somit würde solche Lohnpolitik in ihren Wirkungen vielleicht das Gegenteil dessen erreichen, was man von ihr erwartet hatte.“

Was empfiehlt nun der Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels für ein Rezept? Er treibt den Teufel durch Beelzebub aus. Er ist ein gelehriger Nachbeter der Wortführer der industriellen Scharfmacher:

„Der wachsende Druck auf die Löhne bei wichtigen exportempfindlichen Industrien muß also hier vorwiegend durch kräftige Unkostenentlastung auf anderen Gebieten gemildert werden. Neben preispolitischen Maßnahmen bleibt auch hier richtiger Lohngestaltung eine große Aufgabe. Die Preise für Leistungen und Erzeugnisse bestimmter Wirtschaftsgruppen, deren Produkte wichtigste Kostenteile exportempfindlicher Industrien sind, sind teilweise erheblich überhöht. Wir denken besonders an die Löhne in bestimmten, wesentlich binnenmarktmäßig eingestellten Gruppen (Bauarbeiter, Transportarbeiter, Arbeiter in öffentlichen Betrieben), die noch heute bis zu 30 Proz. über den Löhnen anderer Industriegruppen liegen. Bei dem erheblichen Anteil der Löhne an der Preisgestaltung der Erzeugnisse dieser Wirtschaftsgruppen (Baukosten, Verkehrstarife, Licht, Kraft und Kosten der Gemeindeverwaltungen) entstehen hier den exportempfindlichen Industriegruppen überhöhte Unkosten, die sie von sich aus nicht senken können, auf die sie andererseits angewiesen sind. Es wird nicht zu umgehen sein, daß eine sehr energische Lohnrevidierung bei den genannten Wirtschaftsgruppen vorgenommen wird.“

Ist es Wahnsinn, so hat es doch Methode. Die eine Schicht der Arbeiter und Angestellten ist zu Boden geschlagen, die Kaufkraft zerfällt — also muß der Rest ebenfalls noch zu Boden geschlagen werden. Die Dr.-Eisenhart-Kur. Das sind nun die Menschen, die

sich Führer der Wirtschaft nennen und keine anderen Rezepte im Gehirnkasten haben, als die gesamte Kaufkraft der breiten Massen kurz und klein zu schlagen.

Diesem kapitalistischen Schreiber hat nun die Schriftleitung der „Textil-Zeitung“ — unfreiwillig — einen Streich gespielt, der die „Individuelle Lohnpolitik“ unserer Wirtschaft in ihrer ganzen Dürftigkeit und Erbärmlichkeit prächtig illustriert. In der gleichen Nummer der „Textil-Zeitung“ wird nämlich der in der Aktien Börse in Leipzig gehaltene Vortrag des bekannten amerikanischen Wirtschaftsführers und Warenhausbesitzers Edward A. Filene abgedruckt. Die nicht zu überbietende geistige Oede unserer Wirtschaftsführer kommt einem so recht zum Bewußtsein beim Vergleich dieser beiden Darlegungen. Hier (auf der ersten Seite) der engstirnige, in der Entwicklung stehengebliebene Wortführer der deutschen „kundenlosen“ Wirtschaft, dort (auf der zweiten Seite) der die Notwendigkeiten der Zeit erkennende vorwärtsweisende

Wirtschaftsführer. Hier der „Wirtschaftsführer“, der als Ausweg aus der Krise nichts weiter als niedrige Löhne, längere Arbeitszeiten empfiehlt, dort der Mann, der nur in hohen Löhnen und niedriger Arbeitszeit als Folgerung des technisierten Zeitalters die Rettung des Kapitalismus erblickt. Filene will den Kapitalismus retten. Er zieht nüchtern die Folgerung:

„Der Markt kann nur geschaffen werden, wenn ganz bewußt mit der Preis gebrochen wird: möglichst billig einkaufen, möglichst niedrige Löhne zahlen und möglichst teuer verkaufen. Die Sehnsucht nach einem Monopol, in dessen Schutz bequeme Gewinne gemacht werden können, ist eine volkswirtschaftlich törichte Sehnsucht. Jeder wirtschaftliche Fortschritt hat bisher darin bestanden, daß infolge der Konkurrenz die Preise — auf lange Sicht betrachtet — immer niedriger geworden sind und daß immer mehr Menschen Umstände waren, die verbilligten Waren zu kaufen...“

Ein Keulenschlag für die wirtschaftliche und sozialpolitische Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft ist der folgende Satz:

„Mit seiner Bevölkerung von 63 Millionen Menschen kann Deutschland sich auch einen Markt schaffen, der bedeutender ist als irgendein anderer in der Welt: wenn nämlich die Kaufkraft dieser 63 Millionen Menschen gesteigert wird. Höhere Löhne bedeuten höhere Kaufkraft, das ist unbestritten. Das Prinzip ist ja auch nur in dem Sinne neu, daß es jetzt bewußt angewendet werden muß, während es der Sache nach schon alt ist.“

Es bietet sich selten so die Gelegenheit, nebeneinander das trostlose geistige Gestern, die Verkalkung der deutschen „Wirtschaftsführer“ und das Heute und Morgen des vorwärtsweisenden Wirtschaftsführers aufzuzeigen, wie in diesem Fall. Die deutsche Wirtschaftsführung — der Fall ist nahezu hoffnungslos. —h—

### Erfolgreiche Werber!

Im Verlaufe der Woche vom 5. bis 11. Oktober 1931 hat der Kollege

**Arthur Endom, Berlin**

**20 neue Mitglieder**  
und der Kollege

**Ernst Pabst, Berlin**

**15 neue Mitglieder**  
für den Gesamt-Verband geworben. Kolleginnen und Kollegen! Eifert diesem Beispiele nach!

**STARKT UNSERE KAMPFFRONT!  
WERBT FÜR DEN GESAMT-VERBAND!**

## Rationalisierung bei Straßenbahnen und Auswirkung auf das Personal

Die Straßenbahnen waren ehemals Monopolbetriebe, d. h. sie hatten mit keiner Konkurrenz zu kämpfen. Durch die technische Derwoollkommnung- und Verbilligung der Kraftfahrzeuge ist den Straßenbahnen ein ernstster Konkurrent gegenübergetreten.

Wenn ehemals bei Aufstellung der Dienstpläne nur die Verkehrserfordernisse zu berücksichtigen waren, so wird heute bei Aufstellung der Dienstpläne die Konkurrenz mit berücksichtigt, d. h. es wird der größte Wert auf eine schnelle Beförderung der Fahrgäste gelegt. Die Fahrzeiten werden verkürzt und die kilometrischen Leistungen erhöht. Die Endhaltepausen und Ausgleichszeiten werden auf ein Maß zugeschnitten, daß in den meisten Fällen dem Personal keine Zeit übrig bleibt, um seine Notdurft verrichten zu können. Dazu kommt noch, daß immer größere Wagentypen in den Verkehr gebracht werden, die für den Wagenführer sowohl als auch für den Schaffner eine immer größere Arbeitsintensität erfordern.

Wie sich die Rationalisierung zahlenmäßig auf das Personal auswirkt, zeigt der Bericht von Professor Giese über die Wirt-

schaftlichkeit der Berliner Verkehrs-AG. Danach wurden von der Straßenbahn im Jahre 1913 651,6 Millionen Personen befördert, gegen 790,8 Millionen im Jahre 1928. Trotz der Steigerung der beförderten Personen um rund 140 Millionen sank die Zahl der Beschäftigten von 14 475 auf 14 331. Rechnet man hierbei noch die im Jahre 1928 bestandene kürzere Arbeitszeit gegenüber dem Jahre 1913, so kommt eine noch stärkere Arbeitsintensität heraus. So entfielen im Jahre 1913 auf 1 Million Rechnungswagenkilometer an Personal 123 und im Jahre 1928 nur noch 107. Auf 1 Million gefahrene Platzkilometer entfielen an Personal im Jahre 1913 2,40, dagegen im Jahre 1928 nur noch 1,29. Wenn diese Zahlen in den Jahren 1929 und 1930 wieder gestiegen sind, und zwar bei 1 Million Rechnungskilometer auf 113 und bei 1 Million Platzkilometer auf 1,39, so ist das auf die Verkürzung der Arbeitszeit des Personals von 9 auf 8 Stunden zurückzuführen. Trotzdem ist auch darin noch eine Steigerung der Arbeitsintensität enthalten.

Im Omnibusbetrieb ist die Arbeitsintensität in noch stärkerem Maße gestiegen. Während auf 1 Million Rechnungskilometer im Jahre 1913 noch 117 Mann benötigt wurden, sank die Zahl bis auf 105 im Jahre 1927. Auf 1 Million Plagkilometer entfielen im Jahre 1913 4,2 Mann gegen nur noch 2,1 Mann im Jahre 1927.

Unter dieser rationalisierten Arbeitsverrichtung leidet der Gesundheitszustand des Betriebspersonals außerordentlich. Augen-, Nerven-, Herz-, Magen- und Darmkrankheiten sind die typischen Berufskrankheiten, die zu einer frühzeitigen Berufsunfähigkeit führen.

Eine bei einer Bahn aufgestellte Statistik zeigt folgendes Bild: Vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 mußten 57 Schaffner und Wagenführer zur Pension gestellt werden. Von den 57 hat kein einziger das 65. Lebensjahr erreicht, sie erreichten ein Durchschnittsalter von 54½ Jahren. In derselben Zeitspanne mußten 18 Arbeiter von den technischen Abteilungen zur Pension gestellt werden. Fünf Arbeiter hatten das 65. Lebensjahr erreicht. Das Durchschnittsalter betrug 61½ Jahre. In diesen Zahlen kommt die nervenaufreibende Tätigkeit des Betriebspersonals deutlich zum Ausdruck und müßte auch den Derwaltungen zum Denken Anlaß geben. Ein solch rascher Verbrauch der lebenden Substanz des Betriebes wird sich einmal bitter rächen.

Für die Hebung des Gesundheitszustandes des Betriebspersonals ist erforderlich, daß die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit, einschließlich Vor- und Abschlußzeiten, Pausen und Wendezeiten, acht Stunden nicht überschreitet. Dem Gesetzgeber muß verlangt werden, daß er endlich die typischen Erkrankungen des Betriebspersonals als Berufskrankheit anerkennt, und daß er es in den Berufskatalog für Angestellte aufnimmt.

Auf Grund der Bau- und Betriebsvorschriften ist der Betriebsleiter verpflichtet, die technischen Fähigkeiten und Zuverlässigkeiten des Betriebspersonals in den Personalakten zu registrieren. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, jede Verminderung seines Seh- und Hörvermögens seinem Arbeitgeber mitzuteilen. Ergibt sich bei

der ärztlichen Untersuchung, daß er den Anforderungen, die an ihn gestellt werden, nicht mehr gewachsen ist, so ist der Arbeitgeber auf Grund der Bau- und Betriebsvorschriften und des § 831 BGB. verpflichtet, den Arbeitnehmer aus dem Fahrdienst zu entfernen. Der betreffende Kollege ist 100 Proz. berufsunfähig, aber noch mehr als 33¼ Proz. arbeitsfähig. Ist für ihn eine andere Arbeitsmöglichkeit nicht vorhanden, dann wird er zur Pension gestellt. Die Invalidenrente wird aber, weil er noch nicht 66% Proz. arbeitsunfähig ist, versagt. Hierin liegt für das Betriebspersonal eine große Härte, wenn es zum Teil im besten Mannesalter zur Pension gestellt wird.

Die Pension ist, wenn die Pensionierung unter dem 20. Dienstjahre erfolgt, so gering, daß sie zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel ist. Deshalb ist der Reichsabteilung D zu empfehlen, beim Reichsversicherungsamt und beim Reichsarbeitsministerium dahin wirken zu wollen, daß das Betriebspersonal in den Berufskatalog für Angestellte aufgenommen wird. Nach den Bestimmungen der Angestelltenversicherung erhält der Versicherte bei Eintritt einer 50prozentigen Berufsunfähigkeit seine Rente zugesprochen.

Durch die Notverordnung sind die Löhne der kommunalen Straßenbahner gesenkt worden und sollen noch weiter gesenkt werden. Der Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände will die Straßenbahner den angelernten Reichsarbeitern gleichstellen, obwohl eine vergleichbare Gruppe im Reichsarbeiterarbeitsvertrag nicht vorhanden ist.

Die Reichsabteilungsleitung hat schon immer zum Ausdruck gebracht, daß Schaffner und Wagenführer weder als angelernte Arbeiter noch als Handwerker zu betrachten und zu bewerten seien.

Den Straßenbahnern ist dringend zu empfehlen, daß sie sich im Gesamtverband organisieren, damit ihre verantwortungsvolle Berufstätigkeit auch entsprechend vertreten, und daß die Rationalisierung nicht auf ihrem Rücken und auf Kosten ihrer Gesundheit durchgeführt wird.

L. Hofacker.

## Die konsumgenossenschaftliche Bewegung in Deutschland

Die deutschen Konsumgenossenschaften sind in zwei Zentralorganisationen, den Zentralverband deutscher Konsumvereine (Hamburg) und den Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln), zusammengefaßt. Der ältere und weitaus größere dieser genossenschaftlichen Verbraucherverbände ist der Zentralverband mit 974 Konsumgenossenschaften und 2940 308 Mitgliederfamilien zu Ende 1930, während der Reichsverband 277 Konsumgenossenschaften mit 792 551 Mitgliederfamilien stark ist. Zusammen zählen also die beiden Verbände 1251 Konsumgenossenschaften mit 3 732 859 Mitgliedern und repräsentieren damit eine ganz ansehnliche Wirtschaftsmacht, die sich sowohl im Warenverkehr wie in der Warenproduktion der deutschen Volkswirtschaft stark bemerkbar macht. Die Zahl der Verteilungsstellen im ganzen Reiche beträgt für beide Verbände 13 218 (Zentralverband 10 709, Reichsverband 2509), Warenumsatz in denselben rund 1,5 Milliarden Mark (Zentralverband 1,24 Milliarden, Reichsverband 204,6 Millionen Mark), wovon auf die Warenerzeugung in eigenen Betrieben 370,4 Millionen Mark (Zentralverband 342,4 Millionen Mark, Reichsverband 28 Millionen Mark) entfallen.

Die Warenerzeugung in den eigenen Betrieben der deutschen Konsumgenossenschaften ist angesichts ihrer Stärke im Verhältnis zum Warenumsatz von besonderer Bedeutung. Denn zu den 370,4 Millionen Mark Eigenproduktion sind auch die 148,6 Millionen Mark der beiden Großeinkaufsgesellschaften (GEG, Hamburg 137,6 Millionen Mark, Gepag Köln 11 Millionen Mark) zu rechnen, so daß an dem genauen Gesamtumsatz beider Zentralverbände im Betrage von 1445 Millionen Mark die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mit rund 519 Millionen Mark oder 35,9 Proz. beteiligt ist. Eine sehr wichtige Tatsache, die von eminent volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Denn es ist leicht einzusehen, daß eine Wirtschaftsform, deren Produktion sich auf den geregelten Bedarf der Bevölkerung aufbaut, ohne weiteres Planwirtschaft bedeutet, bei der kapitalistische „Fehlinvestitionen“ und damit Kapitalrisiko, Spekulationsgeschäfte irgendwelcher Art usw. ganz einfach ausgeschlossen; und damit Fehlerquellen der Wirtschaft automatisch verpficht sind, die unser heutiges Wirtschaftselend mit herbeigeführt haben. Es ist auch leicht einzusehen, daß der in hunderttausende Einzelbetriebe zersplitterte Privathandel diese Eigen-

produktion nicht nachmachen kann, woraus sich die viel stärkere, rationellere und dadurch überlegene Konstruktion der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung mit zwingender Deutlichkeit von selbst ergibt.

So wird auch die wütende Bekämpfung der Konsumgenossenschaften durch den Privathandel und die um seine Wählerstimmen buhlenden Parteien, vor allem der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, ganz erklärlich — eine Bekämpfung, die sich durch eine ausnahmssteuerliche Belastung und Schikanierung durch die steuerliche Rechtsprechung „auszeichnet“. Aber dies kann alles nicht verhindern, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung sich weiterhin vorwärts entwickelt, denn sie enthält einen Faktor der Wirtschaftlichkeit für die Verbraucher, der zwingend die Überlegenheit der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung aufzeigt, was sich weiterhin aus der Gegenüberstellung vom eigenen Betriebskapital der Mitglieder im Verhältnis zu Rückvergütung und Reinertrag ergibt. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder in beiden Zentralverbänden zusammen betragen im Jahre 1930 rund 74 Millionen Mark (Zentralverband 64,6 Millionen Mark, Reichsverband 9,4 Millionen Mark).

Das bedeutet, daß die Mitglieder mit 74 Millionen Mark eigenem Geschäftskapital 75,2 Millionen Mark Wirtschaftsnutzen in einem einzigen Jahre erzielten! Kann es einen deutlicheren Beweis für die Überlegenheit der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung über den Privathandel geben? Zu den 75,2 Millionen Mark sind außerdem noch die im Jahre 1930 neu zugewiesenen Reserven mit insgesamt 10,6 Millionen Mark (Zentralverband 9,6 Millionen Mark, Reichsverband 1 Million Mark) zu rechnen, so daß der Wirtschaftsnutzen auf 85,8 Millionen Mark steigt von 74 Millionen Mark eigenem Betriebskapital der Mitglieder. Die Gesamtreserven beider Zentralverbände betragen rund 71 Millionen Mark (Zentralverband 66 Millionen Mark, Reichsverband 5 Millionen Mark).

Die Planwirtschaft der Konsumgenossenschaften und ihre überlegene Wirtschaftlichkeit, die sich aus vorstehenden Zahlen ergibt, ist eine Tatsache von höchster Bedeutung — sie weiter zu entwickeln entspricht dem Interesse der Gesamtbevölkerung. —



## STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

### Freie Gewerkschaft — RGO. — Unorganisierte

Ein Element des Erfolges besitzen die Arbeiter, ihre große Zahl. Aber sie fällt nur ins Gewicht, wenn Organisation sie zusammenhält und Wissen sie leitet.

Karl Marx, Inauguraladresse der 1. Internationale.

Die moderne Arbeiterbewegung ist entstanden auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, des Kapitalismus. Diese Etappen und Zwischenstationen mußte sie durchlaufen, ehe sie wurde, was sie heute ist. Dem Besitzer der Produktionsmittel, dem Unternehmer, oder richtiger dem Kapitalisten, steht der freie Lohnarbeiter (frei im Doppelsinn, d. h. wohl frei als juristisch selbständige Person, aber auch frei von Produktionsmitteln) gegenüber. Dieser Klassengegensatz, äußerlich durch Verelendung der einen, Bereicherung der anderen Klasse erkenntlich, erzeugt den Klassenkampf. Männer wie Marx, Casselle, Bebel u. a. treten auf den Plan, um das Proletariat zum Kampf zu formieren und ihm das Klassenbewußtsein einzuhämmern. Die drei Hauptstützen der Arbeiterbewegung — Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft — entstehen. Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist das Jahr 1868 das bedeutungsvollste. Fast zu gleicher Zeit entstehen Gründungen von drei verschiedenen Richtungen: die von der Fortschrittspartei ausgehenden Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, mit der ausschlaggebenden Tendenz der Klassenharmonie und Ueberbrückbarkeit der Klassengegensätze, die von J. B. Schweizer unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Arbeiterschaftsverband ins Leben gerufenen sozialdemokratischen Gewerkschaften und die im Rahmen des Verbandstages der deutschen Arbeitervereine entstehenden Internationalen Gewerkschaftsgenossenschaften. Uns interessieren hier nur die beiden letzteren, weil aus ihnen später die freien Gewerkschaften hervorgegangen sind, die von Anfang an auf dem Boden des Klassenkampfes standen.

Jede Gewerkschaftspolitik war und ist Lohnpolitik. Die Arbeiterschaft als Verkäuferin ihrer Ware „Arbeitskraft“ tritt als organisiertes Ganzes auf, um einen möglichst hohen Preis, den Lohn, dafür zu verlangen. Nicht mehr der einzelne Arbeiter soll den Einzelarbeitsvertrag abschließen, sondern der Kampf um den kollektiven Arbeitsvertrag, den Tarifvertrag, für möglichst breite Schichten eines Berufs oder Industriezweiges entfremdet. Der Streik ist das Mittel des Kampfes, das zur Anwendung kommt. Daß die Gewerkschaften für Koalitionsrecht, Presse- und Versammlungsfreiheit eintreten, versteht sich am Rande. Neue Momente treten hervor, nachdem das Sozialistengesetz aufgehoben wurde und die Gründung der Generalkommission erfolgte. Außerlich sind als augenfällige Erscheinungen zu nennen: starkes Anwachsen der Mitgliederzahlen, Zusammenfassung der losen und lokalen Verbände zu einer starken, zentralen Organisation und Vervollständigung der Gewerkschaften gegenüber der Partei. Als faktische und innerorganisatorische Maßnahmen sind zu erwähnen: Beteiligung und Forderung zum Ausbau der Sozialpolitik, Gewinnung von Einfluß auf die staatliche und kommunale Arbeitsvermittlung, aber auch Einführung von Unterstützungsmaßnahmen der Gewerkschaften selbst. Früh schon erkannte man die Notwendigkeit eines internationalen Zusammenschlusses.

Neben vielen Veränderungen der Landkarten war nach Beendigung des Krieges auch eine gespaltene politische Arbeiterbewegung zu verzeichnen. Durch Gründung der Kommunistischen Internationale wurde der Bruch auch international vollzogen. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland stand jedoch fest und stark mit einer Mitgliederzahl von fast neun Millionen zwischen den politischen Parteien. Der Kampf ging um die Gewinnung des politischen Einflusses in den Gewerkschaften. Auf dem 3., 4. und 5. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale wurden in diesem Sinne Resolutionen und Thesen beschloffen. Die Abspaltung der KAPD, die für Gründung eigener Gewerkschaften eintrat, verschwand in der Versenkung. Es folgten noch weitere Experimente. Aber trotz der schlechten Erfahrungen legte der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1928 die Grundlage zur Bildung eigener Gewerkschaften. Die

Geburtsstunde der RGO. hatte geschlagen. Doch nicht ganz widerstandslos wurde das hingenommen. Tausende von Mitgliedern mußten erst aus der KPD. ausgeschlossen werden, ehe diese Pferdekur an der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen werden konnte.

Nicht um das Für und Wider wollen wir hier streiten, sondern die Auswirkungen und Folgen für die Arbeiterschaft wollen wir vor Augen halten. Der Kapitalangriff auf die Existenz der Arbeiterklasse wird auf der ganzen Linie vollzogen. Löhne und Sozialversicherungen werden abgebaut, das Tarif- und Streikrecht der Gewerkschaften ist erschüttert, die Koalitions- und Pressefreiheit bedroht. Notverordnungen werden am laufenden Band erlassen, die Steuern haben eine erdrückende Höhe angenommen, der Faschismus steht vor der Tür. Das ist die gefährliche Situation, der nur die gesamte Kraft der Arbeiterschaft als Schutzwall entgegengestellt werden kann. Statt dessen Zersplitterung und Kampf gegeneinander.

Die RGO. hat nach fast dreijährigem Bestehen eine Mitgliederzahl von höchstens 150 000 — 11. Plenum des Exekutiv-Kommunistischen Internationale im Mai 1931 berichtet: 50 000

in -selbständigen Verbänden, 30 000 in Erwerbslosengruppen, 40 000 in RGO.-Betriebsgruppen — und glaubt in dieser Zeit, trotz der „revolutionären“ Ideologie, an eine geschichtliche Wiederholung, nämlich des langsamen Aufbaus einer Gewerkschaftsbewegung. „Eroberung der Massen im Sturmschritt“, „Kampffreimachen der Betriebe“, „Nicht Unterstützungs-, sondern Kampforganisation“, „Miedere Beiträge“, „Kampf den Sozialfaschisten“, das ist die Begleitmusik zur Zersplitterung der Gewerkschaften. So intensiv wurde dieses schädliche Spiel getrieben, daß selbst der „große“ Führer Thälmann auf obengenannter Sitzung erklärte: „In unserem Kampf gegen die Sozialdemokratie (und Gewerkschaften, d. Red.) haben wir den Kampf gegen den Kapitalismus vergessen.“ Einige Erfolge bei den Wahlen der roten Betriebsräte geben kein Spiegelbild des Kräfteverhältnisses, da hinter ihnen keine Macht der Organisation steht. Selbst der Brief Losowskij, wieder in den Gewerkschaften zu arbeiten, richtet in jenen Kreisen nur Verwirrung an.

Man könnte unter diesen Umständen die RGO. einfach beiseite schieben und zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht ein Problem damit eng verknüpft wäre, das Problem der Unorganisierten. Mit der Erweiterung des Einflusses der Arbeiterbewegung hatte sich eine besondere Moral herausgebildet. Der organisierte Arbeiter betrachtete den Unorganisierten als einen Schmarotzer, den man links liegen ließ. Man verlangte von einem Arbeiter, wenn er den ersten Grad des Klassenbewußtseins erreicht hatte, daß er sich seiner Gewerkschaft anschließe. Das Solidaritätsgefühl wurde im Arbeiter erzogen, in die Ideenwelt des Sozialismus wurde er eingeführt. In den Gewerkschaften sah man die Vorstufen zum Sozialismus. Aber mit einem Male wurde das anders. Der Unorganisierte mit den trägen Gedanken eines Spießbürgers, der nie zu etwas zu bewegen war im Interesse seiner Klasse, wurde nun zum „revolutionären Unorganisierten“ gestempelt. Nun konnte er seine Feigheit und Passivität hinter radikalen Phrasen verstecken. Er hatte der Parole „heraus aus den sozialfaschistischen Gewerkschaften“ Folge geleistet, ehe er überhaupt Mitglied war. Und darum fragt nicht, wieviel Unorganisierte zur RGO. gegangen sind.

Es wäre verfehlt, die Frage zu stellen, wer das Monopol zur Führung des Klassenkampfes hat, RGO. oder ADGB. Das Gebot der Stunde ist die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Kampf um die Lebens- und Tagesfragen. Die organisierte Kraft der Gewerkschaften kann nur Ausgangspunkt und Träger dieser Bewegung sein. Gelingt es ihr nicht, die Dinge zu meistern, wird sie von den Gewalten der Geschichte „gewogen und zu leicht befunden“, dann ist es um das Proletariat geschehen. Es muß gelingen, denn wir sind die Zukunft, wir sind die Kraft!

Fleischer, Breslau.

### Nicht Nazi und nicht Kommunist Kann uns noch imponieren



### Im großen schweren Abwehrkampf Gesamtverband soll führen!

**Politische und wirtschaftliche Wochenschau**

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober um rund 129 000 zugenommen. Sie beträgt zu diesem Zeitpunkt nach vorläufigen Meldungen 4 484 000. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigt im übrigen das nachfolgende Bild:

Stichtag	Arbeitslose insgesamt	in der Versicherung	in der Arbeitslosenfürsorge
Februar 1930	3 366 000	2 379 000	277 000
Juli . . . . .	2 765 000	1 497 000	403 000
Oktober . . . .	3 252 000	1 562 000	511 000
Februar 1931	4 972 000	2 589 000	908 000
Juli . . . . .	3 990 000	1 205 000	1 027 000
15. Oktober . .	4 484 000	1 143 000	1 290 000

Der Misstrauensantrag gegen die preussische Staatsregierung wurde in der preussischen Landtags-Sitzung am 22. Oktober mit 225 gegen 195 Stimmen abgelehnt. Der Misstrauensantrag gegen den Anführer Grimme verfiel der Ablehnung mit 225 gegen 192, gegen den Innenminister Sebering mit 226 gegen 176 Stimmen. Abgelehnt wurde ein weiterer Antrag, den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski sofort und ohne Pension zu entlassen.

Auflösung des Bayerischen Landtags abgelehnt. Der Landtag hat am 23. Oktober die Anträge der SPD. und Deutschenationalen auf Auflösung mit 94 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Die sozialdemokratische Tageszeitung „Volkstfreund“ in Braunschweig wurde von dem nationalsozialistischen Innenminister Stages am 21. Oktober auf die Dauer von acht Wochen verboten, weil die Zeitung es wagte, das Verhalten der Nationalsozialisten bei dem Aufmarsch in Braunschweig zu brandmarken. Der „Volkstfreund“ hat inzwischen beim Reichsgericht dagegen Beschwerde erhoben.

Ein Anschlag auf das Volkshaus in Liegnitz mittels Sprengkörper wurde am 19. Oktober durch Nationalsozialisten unternommen. Reichsbannerleute konnten weitere Angriffe auf das Gebäude abbrechen.

Eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont-Cenis in Ferme am 19. Oktober hat siebzehn Bergleuten das Leben gekostet.

Auch in Frankreich greift die Arbeitslosigkeit sehr stark um sich. Auf Grund amtlicher Erhebungen wurden am 1. August 650 000 Arbeitslose und 2 500 000 Kurzarbeiter gezählt.

Das spanische Republik-Schutzgesetz wurde in der Kammer-Sitzung am 21. Oktober mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Der Völkerbundsrat hat in seiner Sitzung am 22. Oktober verkündet, daß für die Räumung der Mandatszone außerhalb der 15-Kilometer-Eisenbahnzone durch Japan eine Frist von drei Wochen festgesetzt wird. Die Zustimmung der Vertreter Chinas zu dem Verhandlungsergebnis steht noch aus. Japan hat abgelehnt.

Ein Riesenandal im Schultze-Patenhof-Konzern. Abschreibungen und Verluste aus der Kursgarantie der Aktien ergaben eine Gesamtbelastung von 72,5 Millionen Mark, der gegenüber nur 65,6 Millionen Mark zum Ausgleich stehen. Die starke Illiquidität des Unternehmens benötigt einen zehn-Millionen-Kredit. Die Verluste sind entstanden durch Schiebungen des Generaldirektors Kasselbogen, wobei die Danat-Bank mitbeteiligt ist.

**Aus unserer Bewegung**

Freiburg i. Schlef. In der dritten Quartalsversammlung, am 10. Oktober, zeigte das Zahlenbild des Kollegen Neugebauer eine gesunde Kassenlage unserer Filiale. Anschließend daran munterte Kollege Reichert zu angespannter Werbearbeit für unseren Gesamt-Verband auf. Die neue Notverordnung in ihrer Auswirkung auf die Gemeindegewerkschaft wurde einer Kritik unterzogen.

Hannover. In der 3. Quartalsversammlung unseres Gesamtverbandes vom 20. Oktober stand im Mittelpunkt ein großangelegtes Referat des Kollegen Müller über „Wirtschaftskrise, Sparmaßnahmen, Notverordnungen und Gewerkschaften“. Der Referent skizzierte alle die Umstände, die zur Weltwirtschaftskrise führten, deren Auswirkungen wir heute in der furchtbaren Arbeitslosigkeit und ihren verheerenden Folgen auch für Reich, Staat und Gemeinden kennenlernen. Nicht übersehen werden darf, daß die Abwehrmaßnahmen der Reichsregierung auf dem Wege der Notverordnungen doch nicht den gewünschten Erfolg zeitigten. Die Unternehmer allgemein, die deutschen Industriegewaltigen aber im besonderen wälzen alle Lasten der Wirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer im Wege der Lohnkürzungen ab. Dadurch wird aber die Kaufkraft gesenkt und die Krise verschärft. Trotz allem zeigt

sich, daß eine geschlossene Gewerkschaft in der Lage ist, von ihren Mitgliedern das Schlimmste abzuwehren, wie wir das im Kampf der Gemeindegewerkschaften gesehen haben. Die Gewerkschaften haben in den zurückliegenden Jahrzehnten Schweres überwunden, sie werden auch im jetzigen Kampf bestehen. Dem Geschäftsbericht, gegeben von dem Kollegen Tröger, war zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand am Schlusse des 3. Quartals um 152 Neuaufnahmen auf 8638 Mitglieder gestiegen ist. Zu den einzelnen Terminen vor Behörden und Gerichten wurden in diesem Vierteljahr 78 Vertretungen gestellt. Versammlungen fanden 320 statt. Die Tarifbewegungen wurden abgeschlossen, und an den Arbeitsgerichten im ganzen Quartai die Summe von 1825 Mk. eingeklagt. Der Kassenbericht des Kollegen Gatzemeyer verzeichnete einen Rückgang der Einnahmen und Ausgaben. Der Bestand der Ortskasse ist jedoch stabil geblieben. Im ganzen gesehen ist die Bewegung gesund und gibt uns die Gewähr dafür, daß wir weiteren Kämpfen mit den Unternehmern, aber auch mit den radikalen Parteien mit Zuversicht entgegengehen können.

Hann.-Münden. In der 3. Quartalsversammlung am 11. Oktober zeichnete Bezirksleiter Kregel (Hannover) die Ursachen der furchtbaren Krise. Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, Fehlleitung von Kapitalien und für Deutschland die Reparationen, haben die Industrievölker ins Unglück gestürzt. Nicht Mangel an Verbrauchsgütern oder Lebensmitteln ist vorhanden, sondern Ueberfluß auf der ganzen Welt. Dennoch leiden Millionen Menschen Hunger. Der ganze Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft muß auch dem letzten Bürger offenbar werden. In einer Zeit höchster Not ist klare Erkenntnis der Dinge Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise. Die Gewerkschaften zeigen den Weg, der beschritten werden muß. Dem Geschäftsbericht der Filiale war zu entnehmen, daß der Mitgliederbestand stabil und die Kassenverhältnisse gut sind.

**RUNDSCHAU**

Die Zahlen zur Kreditkrise aus dem Canton-Bericht. Aus dem Berichte, den die Wirtschaftssachverständigen in Basel über die Wirtschaftslage in Deutschland im Krisenommer 1931 veröffentlichten, sind die Zahlen interessant, die zeigen, welcher Art die Forderungen waren, die das Ausland im ersten Halbjahr 1931 zurückverlangte. Auf der linken Seite des Schaubildes sieht man die Schulden, die Deutschland im Juli 1931 im Auslande noch hatte. Auf der rechten Seite sieht man die Forderungen, die Deutschland im Auslande hat. Die Forderungen, die das Ausland im ersten Halbjahr 1931 zurückzog, betragen 2,9 Milliarden Mark. Dazu wurden nach der Annahme des Canton-Berichtes 600 Millionen Mark deutsches Kapital nach dem Auslande geschafft, so daß also die deutsche Wirtschaft insgesamt 3 1/2 Milliarden Mark Kredite verlor. Davon konnten nur 200 Millionen durch Aufnahme neuer Anleihen abgedeckt werden, 1,9 Milliarden Mark konnten durch Rückziehung deutscher Guthaben im Auslande bzw. deutscher Devisenforderungen bezahlt werden. Für 1,4 Milliarden Mark war zunächst eine Deckungsmöglichkeit nicht vorhanden, deshalb war die Reichsbank gezwungen, um diesen Betrag ihren Goldbestand zu verringern. Insgesamt hatte Deutschland im Juli 1931 im Auslande 23 Milliarden Mark Schulden, denen nur 8,5 Milliarden Mark Auslandsforderungen gegenüberstanden. Die Netto-Auslandsverschuldung beträgt also noch immer 14,5 Milliarden Mark.

